

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 221 SONNTAG, 5. Sept. 1937

Aus dem Inhalt:

Ein Bußprediger Germaniens
Begegnung mit Streicher
Nach der Offensive
Zurück zur Galeere

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Braunes Friedensgerede

Illustriert durch konspirative Pläne.

Das System maskiert sich wieder einmal auf friedfertig. Der Reichsaußenminister Neurath hat auf der Stuttgarter Tagung der deutschen Auslandsorganisationen alle aggressiven Absichten des Systems abgeschworen. Der Eindruck, den er hervorrufen will, ist: Deutschland ist ein ganz friedfertiges Land, es hat nur ein wenig auferüstet, weil dies unter Großmächten zum guten Ton gehört, und im übrigen hat es keine anderen Absichten als sich nach allen Seiten zu verständigen. Expansiv sind alle anderen: so Italien, so Japan, aber Deutschland ist ausschließlich friedfertig.

Nun ist heute die Chance, daß Herr Neurath Gläubige findet, außerordentlich gering; denn die Rolle, die Deutschland in der Dynamik der Raubmächte vom Schlage Italiens und Japans spielt, ist ganz eindeutig. Namentlich in England fängt man jetzt an, verderbliche Illusionen über Bord zu werfen. Man wird dort den bevorstehenden Besuch Mussolinis bei Hitler auch nicht gerade als eine Demonstration des Friedenswillens ansehen, sondern nur als eine Beratung darüber, welche Vorteile die Achse aus den ostasiatischen Verlegenheiten Englands ziehen könnte.

Die Friedfertigkeit heuchelnde Rede des Herrn Neurath wurde zudem illustriert durch die Reden und Ankündigungen der Bohle, Langen und Genossen, die freimütig über die Pläne der »Nazinterne« sprachen. Man hat in England sofort verstanden, daß Herr Neurath in Stuttgart nur dazu dienen sollte, für die konspirativen Pläne des Herrn Bohle die Mauer zu räumen. Namentlich der Plan, die Chefs der Spitzel- und Terrororganisationen künftig »Kulturattachés« zu taufen, und ihnen diplomatischen Charakter beizulegen, hat in England eine Entrüstung hervorgerufen, die für die Engländer ungewöhnlich ist. Die dem englischen Außenminister nahe stehende Zeitung hat über diese Pläne mit der Frage quittiert, ob eine naive Frechheit überhaupt vorstellbar sei.

Man lernt auf Grund des Zusammenbruchs aller Verständigungsideologien durch die Kriege in Ost und West allmählich den wahren Charakter der Politik des Dritten Reiches verstehen, und man ahnt, daß hinter allem braunen Friedensgerede von heute sich der Plan verbirgt, sich in der heutigen Konstellation so stark zu machen, daß das Dritte Reich zum Schiedsrichter Europas wird.

Nürnberg

In Nürnberg wird in der kommenden Woche der Reichsparteitag der NSDAP abgehalten, und das deutsche Volk wird wieder einige unglaubliche Reden über sich ergehen lassen müssen. Der englische und der französische Botschafter werden der Veranstaltung einen Tag beiwohnen — ein faules Kompromiß zwischen grundsätzlicher Haltung und diplomatischer Höflichkeit.

Über die propagandistischen Absichten der Nationalsozialisten auf diesem Parteitag werden eine Fülle von Gerüchten verbreitet. Sie bewegen sich im wesentlichen in zwei Richtungen: Maßnahmen, die dem immer stärker zutage tretenden Stimmungsverfall entgegenwirken sollen, und entschiedene Maßnahmen im Kirchenkampf. Im letzten Punkte wird behauptet, daß der Plan einer Nationalkirche jetzt verwirklicht werden solle. Eine von oben befohlene Kirche ist selbstverständlich vom Glaubensinhalt völlig losgelöst, ein Gesetz darüber würde nur demonstrieren, daß das Regime selbst im Glaubensinhalt nur ein Mittel der Herrschaft sieht, und so würde damit der Kirchenkampf nur erst recht angefaßt werden.

Freiheit und Arbeiterinteresse

Zur Lage der deutschen Arbeiter

In dem Artikel über die Verelendung der deutschen Arbeiter vom 22. August haben wir die Angabe des Statistischen Reichsamtes zitiert, wonach der Stundenverdienst der Arbeiter im Laufe des Jahres 1936 um 1,7, der der männlichen Facharbeiter um 2 Prozent gestiegen sei. Wir haben zugleich diese Angabe als wahr unterstellt, darauf hingewiesen, daß sie das Geständnis einer wesentlichen Senkung des Reallohns bedeutet, da in Deutschland seit der Machtübernahme Hitlers eine wesentliche Verteuerung der Lebenskosten eingetreten ist, die der amtliche Lebenshaltungsindex allerdings bewußt und absichtlich wegfälscht. Das ganze Ausmaß der Opfer, die die Wirtschaftspolitik der Diktatur den deutschen Arbeitern auferlegt, kann aber erst ermessen werden, wenn man die absolute Verschlechterung in Deutschland mit der gleichzeitigen Entwicklung in anderen Industriestaaten vergleicht. Dabei muß immer wieder betont werden, daß der Ausgangspunkt ein verschiedener ist, da in den demokratischen Industriestaaten im Gegensatz zu Deutschland auch während der Krise die Reallohne der Beschäftigten keine Reduktion, sondern infolge der Senkung der Lebenshaltungskosten eine zum Teil beträchtliche Erhöhung aufweisen. Steigerungen der Löhne in diesen Ländern bedeuten also eine wirkliche neue Hebung der Lebenshaltung über jedes früher erreichte Niveau, während eine Lohnsteigerung in Deutschland nur eine Nachholung der Verluste bedeutet hätte, die in der Krisenzeit der Arbeiterschaft auferlegt worden sind und die durch die von der Diktaturpolitik erzeugte Teuerung sich dauernd gesteigert haben. Das muß im Auge behalten werden, um die Lohnentwicklung im Ausland richtig zu würdigen.

In den Vereinigten Staaten sind die Löhne in fortwährender Zunahme begriffen. Sie steigen rascher als die Lebenshaltungskosten, die bis jetzt eine ziemliche Stabilität aufweisen. Aber in neuerer Zeit beginnt der Wohnungsbau, der zu Beginn der Prosperität zunächst zurückgeblieben war, aufzuholen, so daß das weitere Ansteigen der Mieten sich eher verlangsamen wird. Von Mai 1936 bis Mai 1937 stiegen die durchschnittlichen Wochenverdienste der Arbeiter in 25 Branchen von 24,40 auf 28,40 Dollar (ca. 71

RM), also um 16,6 Prozent. Die Lebenshaltungskosten stiegen dagegen nur um 6 Prozent. Von Januar bis Mai macht die Steigerung der Löhne allein 8,8 Prozent, die der Lebenshaltungskosten nur 2,2 Prozent aus. Es ist also nicht nur eine Steigerung der Nominallohne eingetreten, sondern auch eine Zunahme des Realeinkommens. Dabei zeigt sich in den Vereinigten Staaten eine bemerkenswerte Besserung in der Lage der ungelerten und angelernten Arbeiter. Dies ist die Folge der demokratischen Politik Roosevelts, der den Abschluß kollektiver Arbeitsverträge und deren unentbehrliche Voraussetzung, die Bildung starker Gewerkschaften bewußt fördert. Seit seiner Wahl hat die amerikanische Gewerkschaftsbewegung einen neuen Aufschwung genommen und im Gegensatz zu früher, wo sie im wesentlichen eine Bewegung der qualifizierten Arbeiter mit zunftartigen Zügen war, auch die ungelerten Arbeiter stärker ergriffen, deren Organisation die Unternehmer stärksten Widerstand entgegengesetzt hatten.

Charakteristisch für die Entwicklung ist die grundlegende Aenderung in den Arbeitsverhältnissen der amerikanischen Stahlindustrie. Gegen diese richtete sich der Hauptangriff der neuen, von Lewis geführten Industriergewerkschaften, und wenn auch die letzten Streikbewegungen selbst in einigen Zweigen der Stahlindustrie nicht zu einem unmittelbaren Erfolg der teilweise sehr weitgehenden Forderungen (36-Stundenwoche!) geführt haben, so hat die Industrie doch weitgehende Zugeständnisse gemacht. Im Hochkonjunkturjahr 1929 betrug der durchschnittliche Stundenlohn 65,4 Cents. Die Arbeitszeit betrug im Durchschnitt 55 Stunden in der Woche. Im Juni 1936 betrug der Stundenlohn 66,9 Cents und stieg im Februar auf 72,8. Im März kam es zu Verhandlungen mit den Gewerkschaften, deren Forderungen von der Regierung unterstützt wurden. Eine allgemeine Lohnerhöhung wurde vereinbart. Die Stundenlöhne betragen im März 79,3 Cents, im Mai 86,6 und im Juni 87,7 Cents. Als Arbeitszeitnorm wurde die 40-Stundenwoche eingeführt. Für die acht Stunden am Tage und 40 Stunden in der Woche übersteigende Arbeitszeit muß ein 50prozentiger Lohnzuschlag gezahlt werden. Die Arbeitszeit ist also seit 1929 um fast 30 Pro-

zent bei steigenden Stundenlöhnen verkürzt worden und die Industrie beschäftigt heute erheblich mehr Arbeiter als vor der Krise, obwohl die Produktion den Vorkrisenstand noch nicht völlig erreicht hat, und damit vergleiche man den ständigen Lohndruck und die Verlängerung der Arbeitszeit über 48 Wochenstunden hinaus in der deutschen Schwerindustrie!

In England beschleunigt sich das Tempo und das Ausmaß der Lohnzunahme zusehends. Im ganzen Jahre 1936 erfuhren vier Millionen Beschäftigte eine Erhöhung ihres Einkommens um 487.200 Pfund (ca. 6 Millionen RM) pro Woche, im ersten Halbjahr 1937 aber bereits 3,2 Millionen Arbeiter um 413.000 Pfund wöchentlich. Und auch der englische Lebenskostenindex hat bis in die neueste Zeit sich ziemlich stabil erwiesen. Erst zwischen Juni und Juli ist eine Steigerung von 152 auf 155 eingetreten infolge einer zum Teil saisonmäßigen Verteuerung der Nahrungskosten. Aber die Gewerkschaften, die die Gestaltung des Reallohnes aufmerksam verfolgen, haben bereits sich mit dieser Entwicklung befaßt und sind stark genug, um neue Korrekturen durchzusetzen. Zugleich haben sie große Erfolge in der Frage des bezahlten Urlaubs zu verzeichnen.

Eine ähnliche Entwicklung wie in den Vereinigten Staaten und England ist in allen demokratischen Staaten zu erreichen: die relativ stärkste Verbesserung hat wohl die Arbeiterschaft Schwedens, wo auch die Arbeitslosigkeit praktisch fast keine Rolle mehr spielt, zu verzeichnen; dann kommen die anderen skandinavischen Länder, Belgien, und in letzter Zeit auch Holland und die Schweiz.

Damit vergleiche man nun die fortschreitende Verschlechterung in allen Diktaturstaaten und insbesondere in Deutschland. Die deutsche Produktion hat im Sommer 1937 sicher einen Höhepunkt der technischen und personellen Leistungsfähigkeit erreicht. Das Gesamtprodukt, das mit diesem Aufwand an Maschinerie — und Arbeitseinsatz erzeugt worden ist, muß jedes frühere übertreffen. Die letzten Reserven an Rohstoffen und Arbeitskraft, über die die deutsche Wirtschaft verfügt, sind eingesetzt worden. Aber nur zum geringsten Teil dienen sie dem Zweck jeder Produktion, der Steigerung des Konsums, der

die man in Berlin sehr skeptisch ansieht. Ferner haben die Japaner Gegenvorstellungen erhoben: sie haben der deutschen Regierung mitgeteilt, daß sie auf Grund des Anti-Komintern-Paktes größere Sympathie und Unterstützung in der deutschen Presse erwarten könnten, als bisher zum Ausdruck gekommen sind.

Ideologie und Interesse

Japan und Deutschland haben miteinander den sogenannten Anti-Komintern-Pakt geschlossen. Japan maskiert seinen Raubzug gegen China mit der Behauptung, es bekämpfe in China lediglich das Vordringen des Bolschewismus.

Der japanische Krieg »gegen den Bolschewismus« bedroht ernsthaft die deutschen Handelsinteressen. Der deutsche Export nach China hat im letzten Jahre rund 150 Millionen Mark betragen, der Aktivsaldo zugunsten Deutschlands rund 70 Millionen Mark. Diese 70 Millionen Devisen sind dem braunen System in seiner wirtschaftlichen Bedrängnis wichtiger als die Antikomintern-Ideologie, also ist es in Tokio vorstellig geworden.

Die Japaner haben auf diese Vorstellungen mit vagen Versprechungen geantwortet,

die man in Berlin sehr skeptisch ansieht. Ferner haben die Japaner Gegenvorstellungen erhoben: sie haben der deutschen Regierung mitgeteilt, daß sie auf Grund des Anti-Komintern-Paktes größere Sympathie und Unterstützung in der deutschen Presse erwarten könnten, als bisher zum Ausdruck gekommen sind.

Noch vor kurzem hat die kommunistische Presse in allen Ländern gegen den chinesischen Generalissimus Tschang-Kai-Scheck in üblicher Kominternweise getobt — gegen den »Bluthund« und »Kommunistenschlächter«. Die Sowjetunion hat nunmehr mit China, d. h. mit Tschang-Kai-Scheck einen fünfjährigen Nichtangriffspakt abgeschlossen.

Die Terrorwelle in Rußland

Die Terrorwelle in Sowjetrußland geht weiter. Kein Tag vergeht ohne Nachrichten über neue Erschießungen und Prozesse. Man hört von Männern, die Wasserleitungen vergiften wollten, um ganze Belegschaften zu ermorden, von Frauen, die die Kinder eines Kinderheims vergiften wollten, von Saboteuren, die Lagerhäuser in Brand stecken woll-

ten, von »Trotzkisten«, die Soldaten der Roten vergiften wollten. Die Bezeichnung ist überall die gleiche: Trotzkisten, das Ergebnis auch: Erschießung.

Es offenbart sich ein Geisteszustand des Regimes, der an die Zeit mittelalterlicher Hexenverfolgungen, oder an die Märchen über Brunnenvergifter und Goldautos aus dem Beginn des Weltkrieges erinnert.

Diese Krankheit von Wahn und Massenwahn strahlt über die russische Grenze aus. Mit einer Flut von Verleumdungen, von aus den Fingern gesogenen echten GPU-Verdächtigungen werden alle jene in den demokratischen Ländern überfallen, die sich angesichts dieser grauenhaften Terrorwelle kritisch zum System Stalin verhalten. Auch sie nennt man »Trotzkisten«, auch gegen sie möchte man den Massenwahn entfesseln.

Hier aber wird die Verlogenheit dieser Methode sofort durchsichtig, und sie führt nur zu der Schlußfolgerung: so wenig wie die Hetzlügen der Komintern gegen die Kritiker des Stalinregimes in demokratischen Ländern wahr sind, so wenig sind die Anklagen gegen die Opfer des Stalinterrors in Rußland wahr!

Erhöhung der Wohlfahrt der breiten Massen. Sie dienen der Aufrüstung, dem Autostraßenbau, der Herstellung von Anlagen zur Erzeugung der überaus teuren künstlichen Rohstoffe, kurz, der Kriegsvorbereitung. Die Zahl der Beschäftigten ist im Monat Juli gegenüber dem Vormonat um 150.000 auf 19 Millionen gestiegen. Sie lag Ende Juli um 1¼ Millionen höher als ein Jahr zuvor und wesentlich höher als in den Zeiten der Hochkonjunktur 1928 und 1929. Die Zahl der Beschäftigten hat rascher zugenommen, als die der Arbeitslosen abgenommen hat. Die unsichtbare Arbeitslosigkeit hat sich vermindert, früher Selbständige in Handel und Gewerbe sind wieder in die

Rüstungsfabriken eingestellt, die Zahl der arbeitenden Frauen ist beispiellos rasch um zwei Millionen gestiegen, zum Teil gerade in den Industrien, die für Frauenarbeit am wenigsten geeignet sind. Zugleich ist die Arbeitszeit fortschreitend ausgedehnt worden, die 48-Stundenwoche wird in allen Produktionsgüterindustrien weit überschritten. Wäre das Lohnniveau seit Hitlers Machtantritt auch nur das gleiche geblieben, so müßte die Massenkaufkraft eine große Vermehrung erfahren haben und die Konsumgüterindustrien eine starke Belebung. Was zeigt die deutsche Wirklichkeit? Die Indexziffern der industriellen Produktion zeigen das folgende Bild:

Arbeitstäbliche Produktion im Mai

1928 = 100	1934	1935	1936	1937
Produktionsgüter insgesamt	76.7	100.1	116.2	130.2
Investitionsgüter	75.4	103.8	123.1	134.1
Sonstige Produktionsgüter	79.3	90.7	100.5	121.8
Verbrauchsgüter (elastischer Bedarf)	92.0	85.5	91.7	95.0
Gesamte Industrieproduktion (ohne Nahrungs- und Genussmittel)	81.2	96.5	109.9	119.8

Es gibt keine schärfere Kritik der hitlerischen Wirtschaftspolitik als wie diese Zahlen enthalten. Alle verfügbare Produktionskraft an Menschen und Material wird in die Rüstungsindustrie geworfen, während die Konsummittelindustrien stagnieren, im schärfsten Gegensatz zur Entwicklung in den übrigen Industriestaaten. Nimmt man noch hinzu, daß die Landwirtschaft infolge der Darréschen Zwangswirtschaft immer schlechtere Erträge zeitigt, daß die Einfuhr an Lebens- und

Konsummitteln erbarmungslos gedrosselt wird, so zeigt sich, daß für die Versorgung der Arbeiter seit Hitler trotz des gestiegenen Arbeitseinsatzes und der verlängerten Arbeitszeit viel weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden als je zuvor. Immer ergibt sich das Resultat: absolute Verelendung in den Ländern der Diktatur, fortschreitende Hebung der Lebenshaltung in den Ländern der Demokratie. Der Verlust der Freiheit ist die Wurzel allen Übels. Dr. Richard Kern.

Das Volk lebt schlechter!

Das Institut für Konjunkturforschung erbringt in seinem neuesten Ueberblick erneut im Hochkonjunkturjahr 1937 bedeutend schlechterer Lebensstandard als im tend schlechterer lebt, als im schweren Krisenjahr 1931. Damals

gab es beinahe vier Millionen Arbeitslose — trotzdem waren die Umsätze in Lebensmitteln und Bedarfsartikeln höher als im ersten Halbjahr 1937, wo es nur noch eine halbe Million Arbeitslose geben soll.

Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung ergibt ein Vergleich der Umsätze dieses Bild:

	Warenhäuser		Kaufhäuser		Fachgeschäfte	
	1931 1. Halbj.	1937	1931 1. Halbj.	1937	1931	1937
Nähr- und Genussmittel	100	46,4	100	79,9	100	99,9
Textilien und Bekleidung	100	73,8	100	92,3	100	106,5
Hausrat und Möbel	100	77,5	100	92,3	100	116,0

Die Fachgeschäfte weisen demnach für Textilien eine Erhöhung der Umsätze aus. Sie ist jedoch nicht ausschließlich auf einen Mehrverbrauch der Volksmassen zurückzuführen, sondern eine Begleiterscheinung der Aufrüstung. Denn gerade bei der Versorgung der Armee mit Textilien und Bekleidung sind die Fachgeschäfte weitgehend herangezogen worden. Ähnlich muß auch die Zunahme der Umsätze in Hausrat und Möbel gewertet werden. Die Luxusbauten der NSDAP, von »Kraft durch Freude«, die neuen Verwaltungspaläste, dies alles hat auch einen Bedarf an Einrichtungsgegenständen geschaffen, der wieder in erster Linie von den Fachgeschäften befriedigt worden ist. Es wäre also falsch, eine entsprechende Steigerung des Massenkonsums anzunehmen.

Und nun ergibt sich aber weiter die Tatsache, daß trotz dieser Umsatzerhöhungen bei den Fachgeschäften, die anderen Sparten des Einzelhandels Verluste aufweisen, die viel größer sind! Rechnet man die Umsätze der Warenhäuser, Kaufhäuser und Fachgeschäfte zusammen, so bleibt festzustellen, daß die Einzelhandelsumsätze im ersten Halbjahr 1937 noch weit hinter denen des Krisenjahres 1931 zurückblieben, obwohl an der Versorgung der Wehrmacht der Einzelhandel einen hervorragenden Anteil hat. Würde man die für sie bestimmten Umsätze abziehen, dann würde der Unterkonsum des deutschen Volkes im ersten Halbjahr 1937 im Vergleich zu 1931 — der am stärksten bei den Nahrungs- und Genussmitteln ist — noch drastischer in Erscheinung treten.

Begegnung mit Streicher

Was ein polnischer Gelehrter in Nürnberg erlebte

Auf dem internationalen Juristenkongreß im Haag sind sicherlich mancherlei gewichtige und für die Teilnehmer wissenschaftlich ergiebige Referate gehalten worden. Aber keines von ihnen hat wohl das Interesse — und die Gemüter! — der auf jener Tagung versammelten Juristen so sehr erregt, wie der knappe und doch so vielsagende Bericht, den Prof. Glaser (Warschau) über seine Erlebnisse im Dritten Reich gab. Wenn der Gelehrte auch seinen denkwürdigen Rapport nicht hochhoffte von der Rednertribüne des Kongresses aus, sondern nur in einem engeren Kreise von Fachkollegen und Freunden erstattete, so wurde dennoch der aufklärende Zweck sicher vollkommen erfüllt. Blitzschnell verbreitete sich die Geschichte von Mund zu Mund, grelles Scheinwerferlicht über die deutsche Wirklichkeit von heute breitend und insbesondere über das, was im braunen Deutschland den Namen »Rechtspflege« trägt...

Glaser ist Professor an der Warschauer Universität und genießt als Strafrechtsexperte internationales Ansehen. Dieser Professor Glaser faßte also den Entschluß, seine Reise zum Haager Kongreß in Deutschland zu unterbrechen und daselbst einen Teil seiner Ferien zu verbringen, um die mit Recht viel gerühmten Schönheiten und Baudenkmäler der fränkischen Städte genießend kennenzulernen. Aber gleichzeitig war es auch ein wissenschaftliches Interesse, das

ihn zu diesem Aufenthalt bestimmte. Der Gelehrte wollte nämlich jede sich bietende Gelegenheit benutzen, um in Deutschland ein paar politischen Prozessen beizuwohnen und sich über deren Durchführungsart ein eigenes Urteil zu bilden.

Die Gelegenheit hierzu schien sich bald zu bieten. In Nürnberg las Prof. Glaser eines Morgens in der Zeitung, daß am gleichen Tage daselbst ein Prozeß gegen zwei Geistliche, einer der zahllosen »Katholiken-Prozesse«, eröffnet werden würde. Der Gelehrte begab sich also flugs zum Justizgebäude — und da ihm bereits bekannt war, daß in deutschen Gerichtssälen die »Oeffentlichkeit des Verfahrens« heute oft nur eine sehr fiktive ist, so verlangte er den Vorsitzenden des angekündigten Prozesses zu sprechen, legitimierte sich als Inhaber einer Warschauer Rechtsprofessur und bat um die Erlaubnis, der Verhandlung beizuwohnen zu dürfen. Sehr erfreut schien der Richter über diesen nachkundigen und kritischen Gast gerade nicht zu sein. Mit betont kühler, aber eben doch korrekter Höflichkeit erklärte er sich nach kurzem Zögern bereit, dessen Bitte zu erfüllen und ließ ihn einen Platz im Verhandlungssaal anweisen. Der Prozeß nahm seinen Anfang, und welche Eindrücke er dem aufmerksam lauschenden Professor vermittelt haben mag, darüber hat dieser sich bisher nicht ausgesprochen. Er hatte auch sicherlich gar nicht

Zeit allzu viele Eindrücke zu sammeln. Denn ehe noch die Verhandlung sich einem interessanteren Stadium näherte — geschah etwas Unerwartetes. Dem Vorsitzenden wurde ein Zettel hereingebracht, er las ihn und unterbrach daraufhin die Sitzung. Das Gericht verließ den Saal. Und kurz danach wurde auch Prof. Glaser von einem Justizwachtmeister aufgefordert, sich nach Zimmer soundso des Gerichtsgebäudes zu begeben. Unter Begleitung des Wachtmeisters spazierte der ebenso verwunderte wie ahnungslose Gelehrte dorthin. In dem Raum waren die Richter bereits anwesend und warteten auf ihn. Aber sie warteten auch noch auf jemand andern. Und ehe Prof. Glaser seinem Erstaunen Ausdruck geben und Aufklärung erbitten konnte — kündete sich auch schon das Erscheinen dieses Anders hörbar an. Ein Riesenkörn entstand, Flüche und Schimpfwörter tönten durch den Korridor; die Tür wurde aufgerissen und herein stürzte ein wutschnaubender, brüllender, sporenklirrender und braununiformierter Jemand, mit einer Reitpeitsche fuchtelnd. Dieser Jemand pflanzte sich vor dem Professor auf und begann ein tolles Durcheinander von Verwünschungen, Anklagen und Beleidigungen auf ihn loszulassen...

»Wer sind Sie? Und was wollen Sie?« fragte der fassungslos verblüffte Gelehrte, in dem wahrscheinlich der Verdacht aufstieg, daß er statt ins Gerichtsgebäude in ein Irrenhaus geraten war.

»Wer ich bin?« donnerte der Rasende im Braunrock. »Das wissen Sie nicht? Sie wissen es sehr gut, jawohl. Jeder weiß wer ich bin! Und wer mich noch nicht kennt, der soll mich kennenlernen. Streicher ist mein Name! Streicher! Jawohl! Den Namen kennen Sie doch wohl, he?«

Und nun folgte — eine halbe Stunde lang — eine mit wüsten Schimpfwörtern gespickte Strafpredigt an die Richter, die bleich und zitternd zuhörten und kein Wort der Erwiderung zu finden wagten.

»Dieser Mann hier ist ein Spion!« brüllte Streicher. »So wie ich hörte, daß wieder mal so einer hier im Gerichtssaal herumstutzte, wußte ich: das ist ein Spion! Und Sie haben das nicht gewußt, natürlich! Merken Sie sich: alle Leute dieses Schlages sind Spione, die hier absolut nichts zu suchen haben! Auch die amerikanische Journalistin, die Sie neulich hereingelassen haben, war eine Spionin! Erst haben Sie das Weib zuhören lassen, und dann hat es zum Dank in ihrer Zeitung von »unkorrekter Prozeßführung« und dergleichen gefaselt. Genau so einer ist der hier! Rechtsgelehrter?... Studienhalter?... Alles Quatsch! Wenn es wenigstens noch ein Italiener wäre! Aber ein Pole!...«

In dieser Tonart wütete der »Frankenführer«, bis ihm der Atem knapp wurde. Dann telephonierte er nach der Polizei. Es erschien ein Kriminalbeamter, der die Papiere Prof. Glasers einer genauen Prüfung unterzog und sie für vollkommen in Ordnung erklärte. Mit dem Polizeiauto wurde Glaser in sein Hotel transportiert. Es liege nichts gegen ihn vor und er könne sich begeben, wohin er wolle, wurde ihm dort erklärt. Der Beamte fragte ihn auch, was er nun zu tun gedenke. »Deutschland verlassen, und zwar auf der Stelle!« war die Antwort.

Der Professor benschrichtigte die polnische Gesandtschaft von dem Vorgefallenen und reiste eiligst nach dem Haag weiter, wo sein Erlebnisbericht die Teilnehmer des Juristenkongresses weidlich in Erstaunen setzte und von ihnen — wie eine große skandinavische Zeitung ausdrücklich feststellte — »als ein höchst gewichtiger Beitrag zur vergleichenden Rechtsgeschichte unserer Zeit aufgenommen wurde — soweit von »Recht« in diesem Zusammenhang überhaupt die Rede sein kann.« K.

Englisches Recht und deutsche Schande

Im Juni dieses Jahres standen in Harworth in England elf Bergarbeiter und eine Frau vor Gericht, wegen eines Auftritts, der sich im Zusammenhang mit einem Arbeitskonflikt ereignet hatte. Das Gericht sprach sie schuldig und verurteilte sie zu Gefängnisstrafen von vier Monaten bis zu zwei Jahren.

In der englischen Oeffentlichkeit bestritt niemand, daß sich die Verurteilten schuldig gemacht hatten. Jedoch fand man die verhängten Strafen zu hoch. Eine Bewegung entstand, die sich das Ziel setzte, die Entlassung der Verurteilten vor Ablauf ihrer Strafzeit herbeizuführen. Diese Bewegung, die von der Arbeiterpartei getragen, aber auch von den Liberalen und einem Teil der konservativen Regierungspartei unterstützt wurde, hat jetzt einen teilweisen Erfolg zu verzeichnen.

Für acht der Verurteilten ist die Haftzeit wesentlich verkürzt worden, so daß zu Weihnachten keiner von ihnen mehr im Gefängnis sitzen wird. Für die vier Schwerstbestraften mit Strafen von einem bis zu zwei Jahren glaubte der zuständige Innenminister Sir Samuel Hoare noch keine Erleichterungen zulassen zu dürfen. Er lehnte es auch ab, den Vertretern der Gewerkschaften in dieser Angelegenheit eine Unterredung zu gewähren. Nun erläßt der Vorsitzende der Gewerkschaften Sir Walter Citrine dazu eine Erklärung, in der er sagt:

»Ich bin sicher: hätten wir Gelegenheit gehabt, die Sache mit Sir Samuel zu besprechen, wir würden ihn überzeugt haben, daß die gegebenen Umstände von ihm eine großmütigere Haltung fordern, als er sie eingenommen hat.«

Die Bewegung wird also weiter gehen. Und eines Tages — das ist nicht schwer zu prophezeien — wird Sir Samuel Hoare die Gewerkschaftsvertreter empfangen und die Strafen auch der vier Schwerstbestraften herabsetzen.

Während dies in England geschieht, sitzen in Deutschland die Jasper, Heilmann, Mierendorff, Schumacher, Litten und ungezählte andere ohne Schuld und ohne Urteil in den Gefängnissen und in Konzentrationslagern. Ihre Leidenszeit dauert nun schon mehr als doppelt so lang wie die schwerste Strafe, die in Harworth verhängt worden ist. Um die rechtskräftig Verurteilten von Harworth bemühen sich in England tausende ehrenwerte Männer und Frauen. Sie erlassen Erklärungen, protestieren und demonstrieren. Ueber den Unglücklichen in Deutschland liegt Grabesschweigen.

England und Deutschland, welcher Gegensatz! Und welche Schande für Deutschland!

Hitlers neuester Ordenssegen

Es scheint irgendwie mit dem in den Rücken geschossenen britischen Botschafter Hugessen, mit den japanischen Bomben, die in Schanghai ganze Stockwerke in Warenhäusern zerschlagen und chinesische Kultis wie amerikanische Clerics gleicherweise morden, mit gestürzten Sowjetkonsulaten benebet geklauten Akten zusammenzuhängen, daß der allernueste hitlerdeutsche Ordenssegen — im letzten »Deutschen Reichsanzeiger« vom 20. August da bekanntgegeben — sich ausschließlich auf genau ein halbes Dutzend argentinischer und ein halbes Dutzend japanischer Marineoffiziere ergossen hat. Die »Verdienstkreuze des Ordens vom Deutschen Adler« sind, teils mit Kreuz und teils ohne, auf die Opfer nur so herabgesaut; an ihrer Spitze steht der japanische Kontradmiraal Soenosuke Kobayashi, dessen Name allein ihn höchstwahrscheinlich schon vor dem Verdacht schützt, sich irgendwie um die arische oder gar nordische Sache in der Welt verdient gemacht zu haben. Bleibt also nur die Vermutungsmöglichkeit, daß das Kriegsführen an und für sich Herrn Hitler schon als ein hinreichendes Meritum für seinen Dekorationsdrang gilt und daß er hier die Argentinier nur so mitgenommen und zwischengeschoben hat, um die Sache nicht gar so auffällig zu machen.

Sicherlich liegt es nicht an den vom neudeutschen Ordenssegen persönlich Mitgenommenen, daß der Akt selbst immer wie eine Eintragung ins internationale Album der Achse wirkt. Hitlers Orden fliegen aber merkwürdiger Weise immer genau in Richtung der Stellen in der Welt, wo es zur Stunde gerade am meisten brennt! Das war beispielsweise bisher das Mittelmeer und gewisse Italiener brauchten nur die Schürze aufzuhalten, schon lag ein Hitlerscher Piepmatz darin. Jetzt fliegen die »Verdienstkreuze« mit und ohne Stern nach dem Fernen Osten... Aufgepaßt! Kopf weg! Wohin werden sie das nächste Mal sausen?

Das braune Netz in Chile

Zwei chilenische Abgeordnete, der Radikale Mees, und der Konservative Garroton fordern von der Regierung von Chile, daß sie ernste Maßnahmen gegen die nationalsozialistischen Umtriebe in Chile ergreife. Die beiden Abgeordneten haben Beweise dafür vorgelegt, daß diese Propaganda in Südkhile besonders gefährliche Formen angenommen habe.

Jüdische Terroristen

»Die Klagen über Provozierung der deutschen Bevölkerung durch einen nicht unerheblichen Teil der jüdischen Einwohnerschaft haben sich in letzter Zeit derartig gehäuft, daß Befürchtungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bestehen.«

Meldung der »Preuß. Zeitung« (Nr. 233) aus Oberschlesien.

Ausfuhrsteigerung um jeden Preis

Die Wirkung der Rohstoffnot auf die Wirtschaft des Dritten Reiches kann man weniger der amtlichen Berichterstattung als gelegentlichen Bemerkungen in den Jahresberichten großer Aktiengesellschaften entnehmen. Die Kammgarnspinnerei Stöhr & Co. A. G. in Leipzig ist der größte deutsche Kammgarnproduzent. Auf diese Firma allein entfällt beiläufig ein Achtel der Gesamtproduktion, und ungefähr ebenso groß ist ihr Anteil an der gesamten Kammgarnausfuhr. Da die Weltmarktpreise für Wolle steigen, erfordert die Beschaffung der gleichen Menge ausländischer Wolle einen wachsenden Aufwand von Devisen. Stöhr stärkste Konkurrentin, die Bremer Wollkammerei berichtet jüngst, daß schon 1935 zum Zwecke der Rohstoffbeschaffung um 40 Prozent mehr Devisen beschafft werden mußten als 1934, daß aber damit nicht mehr, sondern um 16 Prozent weniger Wolle gekauft werden konnte als im Jahre vorher. Stöhr berichtet, daß sich die Versorgung mit Wolle 1936 um 1¼ Millionen Kilo gegenüber 1935 verschlechtert hatte. Was das bedeutet, zeigt eine Berechnung des »Deutschen Volkswirt«, wonach bei Stöhr jährlich etwa 4 Millionen Kilo Fasern versponnen werden. Danach ist 1936 etwa ein Viertel der Rohstoffversorgung ausgefallen. Es wird im Geschäftsbericht ausdrücklich festgestellt, daß für diese Minderversorgung mit dem ausländischen Rohstoff durch die Zellwolle »noch kein genügender Ausgleich geschaffen werden konnte.« Die Produktion des Vorjahres konnte also wegen Rohstoffmangels »nicht voll aufrechterhalten werden. Die Produktions einschränkung hatte etwa 15 Prozent betragen. Es sind denn auch »gewisse Einschränkungen des Betriebes nötig gewesen«, die aber offenbar aus der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterstatistik nicht zu ersehen sind.

Damit wird also deutlich, daß der opferreiche Kampf um Deutschlands Rohstofffreiheit sein Ziel auch nicht annähernd erreicht, sondern die Rohstoffabhängigkeit erhöht hat. Noch dringender als die Ersparung wird deshalb die Beschaffung von Devisen. Daher die Bevorzugung des Exports bei der amtlichen Zuteilung von Rohstoffen. Sie hat z. B. bei Stöhr zur Folge, daß zwar der Anteil der Ausfuhr am gesamten Verkaufserlös von 17 auf 23 Prozent erhöht wurde, aber um dieses Ergebnisses willen der Inlandsabsatz »über das Maß der Produktionseinschränkung hinaus vermindert werden mußte.« Die Selbstblockade des Regimes wird also von den heimischen Verbrauchern mit der Verknappung der Textilstoffe und ihrer Verteuerung bezahlt.

Aber nicht nur in der Textilindustrie, auch sonst und im allgemeinen werden zwecks Forcierung des Exports »Opfer« gebracht, die auf die Inlandspreise aufgeschlagen und auf die heimischen Verbraucher überwältigt werden. In »Wirtschaft und Statistik«, 2. Juli-Heft, wird mit Genugtuung vermerkt, daß die Ausfuhr im ersten Halbjahr 1937 um 21 Prozent höher gewesen sei als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dieses Ergebnis ist nicht gerade überwältigend, denn nach »Wirtschaft und Statistik« bleibt die deutsche Ausfuhr immer noch um 17 Prozent hinter der von 1928 zurück, zu einer Zeit, als der Weltausbandel die Ziffer dieses Jahres bereits überschritten hatte. Aber auch dieser unzureichende Anteil Deutschlands an der Verbesserung der Weltkonjunktur konnte nur durch eine beispiellose durch die riesenhafte Subvention der Exportumlage ermöglichte Preisunterbietung erreicht werden.

Nach dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 11. August war im 2. Vierteljahr 1937 die Ausfuhrmenge der deutschen Industrie (Export ohne Nahrungs- und Genußmittel) gestiegen, 1928 gleich 100 gesetzt, von 60,7 im 2. Vierteljahr 1936 auf 86,6 im 2. Vierteljahr 1937. Zugleich war aber der durchschnittliche Ausfuhrpreis (1928 gleich 100) gesunken von 67,7 auf 60,4. Bei einer Zunahme der exportierten Menge um ein Viertel war also der auf dem Weltmarkt erzielte Preis um 11 Prozent zurückgegangen. Allein in dem einen Jahre vom Juni 1936 bis Juni 1937 war aber nach »Wirtschaft und Statistik« die Indexziffer der Weltmarktpreise von 38 auf 48 gestiegen, also um mehr als ein Viertel. Die Kurve der Ausfuhrpreise verläuft also in einer der Kurve der Weltmarktpreise und erst recht der Inlandspreise entgegengesetzten Richtung. Die deutsche »Rohstofffreiheit« hat also dazu geführt, daß das Dritte Reich, um auch nur ein Mindestmaß von Rohstoffen zu bekommen, dafür mehr menschliche Arbeitskraft auf-

Wollte der Führer nicht mit der Zerrüttung des Familienlebens ein Ende machen, die das Schmachsystem angeblich verschuldet hatte? Sollte nicht die Heiligkeit der Familie geschützt werden? Wie sehr die Heiligkeit der Ehe respektiert wird, kann man an der Dauerhaftigkeit der ehelichen Beziehungen ersehen. Sie steht im umgekehrten Verhältnis zur Häufung der Scheidungen. Trifft das zu, dann ist es in den letzten acht Jahren deutscher Geschichte niemals so schlecht um das Eheleben bestellt gewesen, wie im Dritten Reich. Aus einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts über »Die Ehescheidungen im Deutschen Reich im Jahre 1936« (»Wirtschaft und Statistik« 2. Juli-Heft) geht hervor, daß es dem Dritten Reich gelungen ist, einen seit den ersten Nachkriegsjahren nicht erreichten Rekord zu erzielen. Seit dieser Zeit, in der die Ehescheidungen sich häuften, weil zahlreiche aufgeschobene Scheidungsklagen aus den Kriegsjahren anhängig wurden und zur Entscheidung gelangten, ist die Zerrüttung des Ehelebens niemals so groß gewesen wie unter Hitler, der sich rühmt, ihr ein Ende bereitet zu haben. Im Jahre 1913 wurden in Deutschland (jetziges Reichsgebiet ohne Saarland) 16.657 Ehen geschieden, 1929 waren es 39.424, also mehr als das Doppelte. Allerdings war in dieser Zeit die Zahl der bestehenden Ehen um etwa ein Drittel gestiegen, aber immerhin war die Zunahme der Scheidungen beträchtlich. Man müßte annehmen, daß die dann folgende Wirtschaftskrise mit ihrer beispiellosen Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Zerrüttung der ehelichen Verhältnisse herbeigeführt hat. Tatsächlich aber hatte sich in der Zeit von 1929 bis 1932 die Zunahme der Ehescheidungen absolut und, was entscheidender ist, im Verhältnis zu der Zahl der bestehenden Ehen in sehr engen Grenzen gehalten. Die Scheidungen hatten von 39.424 auf 42.202 und von 1929 je 10.000 bestehende Ehen auf 29,7 zugenommen. Im

wenden muß, als in den damit eingetauschten ausländischen Waren enthalten ist. Deshalb hat der Führer die nominelle Verbesserung der Löhne verboten, also ihre tatsächliche Verschlechterung anbefohlen. Ohne diesen durch Terror ermöglichten Lohndruck wäre die Selbstblockade Deutschlands, also seine wirtschaftliche Mobilmachung, längst gescheitert. G. A. F.

„Dienst am Menschen“

Wie die Nationalsozialisten den Krieg vorbereiten und dabei die Welt glauben machen wollen, daß sie Friedensarbeit leisten, so fügen sie auch auf kulturellem und sozialem Gebiet jede reaktionäre Maßnahme in einen Fortschritt um. Jede weitere Verachärung der kapitalistischen Ausbeutung und des Druckes der Diktatur soll von dem arbeitenden Volk als ein Beweis der aufopfernden Bemühungen um sein Wohlergehen aufgenommen werden.

Nachdem vor einiger Zeit bei den Arbeitsämtern besondere Vertrauensärzte ernannt worden sind, die die Arbeitslosen auf ihre Eignung für bestimmte Arbeiten, z. B. in den Chemiefabriken, der Landwirtschaft usw., zu untersuchen haben, sind jetzt im Zusammenwirken der Deutschen Arbeitsfront und der Reichsärztekammer in größerer Anzahl Betriebsärzte eingestellt worden. Die Vertrauensärzte der Arbeitsämter haben strenge Anweisung, nur in ganz besonderen Fällen die Ungeeignetheit der Arbeitslosen für die in Betracht kommenden Arbeiten auszusprechen. Der Betriebsarzt hat die Aufgabe, durch seine Tätigkeit die Krankheitsziffer herabzudrücken und dadurch beizutragen, daß die der Krankenversicherung zufließenden Mittel nicht den Versicherten zugute kommen, sondern für die Zwecke der Diktatur verwendet werden können.

Obwohl dieser Zweck der neuen Einrichtung ganz unverkennbar ist, unternimmt ein Beauftragter des Regimes, der stellvertretende Reichsärztführer Dr. Bartels in München, im »Deutschen Ärzteblatt« den Versuch, den Betriebsarzt in einen Helfer für die Arbeiter umzufächeln. Es wird in dem Artikel gegen die Vertrauensärzte der Sozialversicherungsträger polemisiert, die an die Richtlinien ihrer Anstalten gebunden seien und die »vielfach die Furcht vor künftiger Belastung über den Dienst am Menschen gestellt hätten«.

Diese Feststellung schlägt freilich der Praxis der Sozialversicherungsinstitute im Dritten Reich ins Gesicht. Denn mit einem so ausgeklügelten System von Schikanen, mit dem jetzt die Vertrauensärzte der Kranken-

Ehezerrüttung im Dritten Reich

ersten Jahres des Dritten Reiches 1933 war der Anteil der gelösten Ehen an der Zahl der Ehen überhaupt noch fast unverändert geblieben. Aber in dem einzigen Jahre 1934 stieg die Zahl der Ehescheidungen »schlagartig«, absolut wie verhältnismäßig. 1933 waren 42.485, 1934 54.402 Ehen geschieden worden; das waren auf 1000 Ehen 1933 29,7, 1934 37,0. Was das bedeutet, kann man daran ersehen, daß selbst im Elendsjahr 1923 von 10.000 Ehen nicht mehr als 27,4 geschieden worden waren und im ganzen etwa 34.000 gegen 54.000 im zweiten Jahr des Dritten Reichs. Man muß annehmen, daß die Rassegesetze ehezerrüttend gewirkt haben, zahllose Mischehen, deren Bestand ohne die Diffamierung der Nichtarier nicht bedroht gewesen wäre, hat der Nationalsozialismus auseinandergerissen.

Seit 1934 ist die Zahl der Ehescheidungen etwas zurückgegangen. Auf 10.000 bestehende Ehen kamen 1935 (mit Saarland) 33, 1936 32,5 Scheidungen. Das ist ein Ergebnis, das den vorhitlerischen Rekord von 1920 und 1921 noch übersteigt. Damals entfielen auf 10.000 bestehende Ehen 32,1 und 33 Scheidungen. 1934 war also eine Höchstleistung, aber auch 1935 und 1936 lassen die Zeit der Jahre kurz vor Ausbruch des Dritten Reichs noch ziemlich weit hinter sich. Bis jetzt hat es das Dritte Reich verstanden, den Ehescheidungsrekord zu halten.

Eine erhebliche Wandlung aber ist in den Ursachen der Scheidung vor sich gegangen. Die Rassegesetze treten als treibender Faktor zurück. Das Statistische Reichsamt konstatiert nämlich die merkwürdige Tatsache, daß an den, wenn auch unbeträchtlichem Rückgang der Ehescheidungen des Jahres 1936 alle Jahrgänge der Eheschließung beteiligt sind mit der Ausnahme eines einzigen, der eine beträchtliche Zunahme aufweist. Die Zahl der Scheidungen der Ehen, die erst 1935 geschlossen worden waren, also nur ein Jahr

und weniger bestanden hatten, war um 14 Prozent gestiegen. Die jüngsten im Dritten Reich geschlossenen Ehebündnisse erweisen sich also als die am wenigsten haltbaren. Dagegen sind die Ehen, die vor Hitlers Machtantritt bereits bestanden hatten, dauerhafter. Die Scheidungshäufigkeit der Ehejahrgänge 1922/29 war 1936 »merklich niedriger als bei den gleichaltrigen Ehen im Jahre 1935«, und bei den 1917 bis 1921 geschlossenen, also mit 15- bis 19jähriger Dauer war sie um durchschnittlich 10 Prozent zurückgegangen. Der Führer hatte die Lust zum Eheschließen und zum Kindererzeugen durch die Ehestandsdarlehen befeuert, also mit Hilfe eines Zündstoffes, der eigentlich sehr nach Materialismus riecht und wenig nach dem Gemeinnutz, der vor Eigennutz geht. Dieses Eheband hat sich aber offenbar als sehr leicht zerreißenbar erwiesen, denn es dürften von allen gerade die mit Reichskredit geschlossenen Ehen sein, die nach so kurzem Liebesglück in die Brüche gegangen sind.

Das Ehestandsdarlehen zwingt im allgemeinen die Ehefrau, auf ihre Berufsarbeit und damit auf eigenes Einkommen zu verzichten. Die wachsende Teuerung verschlingt aber immer mehr vom Einkommen des Mannes, und es wird deshalb immer schwieriger, mit seinem Einkommen allein zwei Menschen und noch schwieriger eine Familie zu erhalten. Daher kommt es, daß die Folgen der wirtschaftlichen Mobilmachung noch ehezerrüttender wirken als selbst die furchtbaren Wirkungen der Nachkriegszeit.

Da die Geldzuwendung als Eheidiot versagt, hat der Führer, weil er Soldaten braucht, sich entschlossen, ein Mittel anzuwenden, das schon deshalb dem nationalsozialistischen Geist besser entspricht, weil es ein Zwangsmittel ist. Er hat seine Beamten vor die Alternative gestellt, entweder auf Kinder oder auf ihr Amt zu verzichten. G. A. F.

kassen und Versicherungen die Kranken behandeln müssen, haben es die Versicherten vor der Aufrichtung der nationalsozialistischen Herrschaft nirgendwo zu tun gehabt. Den Vertrauensärzten ist heute durch strenge Anweisungen zur Pflicht gemacht, Erwerbsunfähigkeit nur in den allerdringenden Fällen zu bescheinigen, und für die Gewährung von Medikamenten und Heilverfahren bestehen sehr viel strengere Vorschriften als vorher.

Daß es bei der Einführung der Betriebsärzte um nichts anderes geht als darum, diese Schikanen noch zu vermehren und den Versicherten die Inanspruchnahme der Hilfe der Sozialinstitute noch weiter zu erschweren, das kann selbst dieser Reichsärztführerstellvertreter nicht wegleugnen. In seinen praktischen Vorschlägen für die Tätigkeit des Betriebsarztes sagt er:

»Ist es unbedingt notwendig und gar nicht zu ändern, daß ein Mensch mit seiner Erkältung, die nicht zur Bettruhe zwingt, aber Schwitzpackungen, Abreibungen verlangt, krank feiert, um diese Maßnahmen daheim durchführen zu können? ... Ist es notwendig, den Rheumatiker krank feiern zu lassen, damit er einmal am Tage seiner Behandlung teilhaftig werden kann? Kann man nicht in den Betrieben Einrichtungen schaffen, die während der Arbeitszeit oder in unmittelbarem Anschluß an sie mit betriebseigenen Mitteln jene Behandlung unter treuhänderischer Aufsicht des Betriebsarztes durchführen lassen, die der Hausarzt verordnet?«

Er sagt es auch selbst, worauf er dabei abzielt: auf die Entlastung der Krankenkassen, indem das Krankengeld erspart wird, und darauf, auch die kranken Menschen im Betriebe für die Wirtschaftskraft zu erhalten.

Mit anderen Worten: auch der Kranke soll sich nicht der kapitalistischen Ausbeutung entziehen können.

Die Sozialversicherung so »reformiert«, daß Kranke nicht mehr krank geschrieben werden, wird zu einer unversiegbaren Geldquelle für die Kriegsausrüstung der Nationalsozialisten.

Die Roßkastanie schafft's

Wie bereite ich einen Hitlerpuddefug?

Drei Millionen Roßkastanienblume hat Deutschland angeblich. Da jetzt die Tage sind, da deren Früchte hübsch braun werden, ist irgend einem »Stabsleiter« in Görings Vierjahresplan-Gefolge flugs eine neue Idee zur »Rettung Deutschlands vom Bolschewismus« eingefallen: die Roßkastanien werden jetzt, wie die »Frankfurter Zeitung« mittelt, auf höhere Anweisung allgemein in Deutschland

von Hitler- und Schuljugend, sowie SA gesammelt und die Rechnung ist aufgemacht worden, daß mit der »Ernte«, nämlich einer von 25.000 Tonnen, 1 Million kg Oel und 14 Millionen kg Kastanienstrot zu beschaffen seien. Dadurch könnte man künftig, »selbst, wenn man das Kastanienöl nicht der menschlichen Ernährung zuführe« — wohl gemerkt also: »selbst wenn nicht...« — — — Fette ersetzen, die bis heute noch als technische Fette dienten. Aber, was ungleich wichtiger noch zu sein scheint: »Außerdem gewänne man, wie die Untersuchungen bereits zeigten, eine ganz besonders gute und reine Stärke, die sich in der Lebensmittelindustrie an Stelle von Reis- und Maisstärken eigne...« Damit wäre also der Hitlerpuddefug auf planwirtschaftlicher Grundlage geschaffen und die englische Blockade wieder einmal im voraus gesprengt! Bittersüß ist eben die Roßkastanie ebenso wie Pg's Erdenwallen unter Hitler.

Die ernstere Seite der Angelegenheit ist freilich die, daß Deutschlands Ernährungsschwierigkeiten dank der Hitlerpolitik solche Formen anzunehmen scheinen, daß sie sich in absehbarer Zeit in gar nichts mehr von den Verhältnissen etwa des Kriegsjahres 1916 oder gar 1917 unterscheiden dürften. Das verraten die sich überwälzenden Anweisungen und Drosselverordnungen im »Ernährungsplan«, die selbst in Kleinigkeiten genau das wiederholen, was früher einmal die stellvertretenden Generalkommandos dem gedulden Volk »verschrieben«. So teilt dieselbe »Frankfurter Zeitung« soeben mit, daß den Bauern auch nicht mehr gestattet sei, eigenes Mehl durch die Handmühle sich zu beschaffen, »was — so fügt die Zeitung hinzu — praktisch wohl bisher keinen zu großen Umfang angenommen hat, es soll aber durch diese Bestimmung verhindert werden, daß die Selbsterstellung von Mehl wieder größere Ausmaße annimmt«. Genau also wie einst in »großer Zeit«, da mindestens die Bauern das Kriegsmehl mit Sägeabfall als Hauptbestandteil verschmülten und mancher findige Mechaniker Millionär, wenn auch nur Kriegsmillionär, in Deutschland wurde, indem er Kaffeemühlen auf Korn und Weizen ummontierte und unter der Hand an den »Nährstand« verflopfte.

Dankbarkeit

Die deutschen Zeitungen melden voller Stolz, daß eine Hauptstraße in Bilbao künftig den Namen »Deutschlandstraße« führen wird. Wenn die zerschossenen Häuser in dieser Straße notdürftig wieder aufgebaut werden, erhält hoffentlich jedes Gerüst sein Schild: »Daß wir hier bauen müssen, verdanken wir u. a. dem Führer.«

Nach der Offensive

M., Madrid, Mitte August.
(Von unserem besonderen
Berichterstatler.)

Vor mehr als einem Monat setzte die Offensive bedeutender republikanischer Streitkräfte im Sektor Madrid ein. Es hat der Erziehung eines vollen Kriegsjahres bedurft, bevor aus den ursprünglichen Milizen des Bürgerkriegs eine zu derartigen Operationen reife Armee sich entwickelt hat. Lang wird diese Frist nur dem Vorkommen, der sich von den technischen Vorbedingungen einer modernen Offensive keinen Begriff macht. Zu Beginn des Weltkrieges beruhte der erfolgreiche Angriff noch im wesentlichen auf dem exakten Zusammenwirken zwischen Infanterie und Artillerie. Seitdem sind die Tanks und die Luftwaffe hinzugekommen. Jedes Glied dieser Maschinerie bedarf einer sachkundigen Bedienung und das Ganze einer noch sachkundigeren Leitung, die Einsatz und Zusammenspiel der Kräfte regelt. Mit dem bloßen Besitz der Waffen ist noch nichts getan: in der Kunst ihrer Anwendung liegt der Erfolg.

Geht man hiervon aus, so hat die republikanische Armee ihre technische Vervollkommnung in der abgelaufenen Kampfperiode klar erwiesen. Es ist ihr gelungen, eine stark befestigte und gut verteidigte feindliche Stellung in erheblicher Tiefe zu durchstoßen, den erstrittenen Geländegewinn nach den Flanken hin bis zu einer verteidigungsfähigen Breite auszubauen und ihn gegen sehr heftige Gegenangriffe — bis auf geringe Verluste — festzuhalten. All das sind Leistungen, die allein einer technisch und moralisch auf der Höhe befindlichen Truppe möglich waren.

Freilich ist der Endsieg, auf den überschwängliche Optimisten bereits spekulierten, damit noch keineswegs errungen worden. Es ist auch das strategische Ziel vorläufig nicht erreicht worden, die Rebellenarmee zum gänzlichen Rückzug von Madrid zu veranlassen. Aber wer hierüber den Kopf hängen läßt, der möge sich einmal daran erinnern, wieviel Offensiven Franco seinerseits bisher gegen Madrid unternommen hat, und zwar zu Zeiten, als noch die volle Ueberlegenheit an Bewaffnung, an technisch ausgebildeten und disziplinierten Truppen auf seiner Seite war, ohne auch nur entfernt das zu erreichen, was den republikanischen Truppen bei ihrer allerersten, spontanen Offensive auf den Schlachtfeldern von Brunete, Quijorna und Villanueva auf einem Schlag gelungen ist.

Der Geländegewinn von mehr als hundert Quadratkilometern, die im Endresultat in den Händen der Republikaner blieben, sieht zwar gering aus, an der Größe des gesamten spanischen Kampfgebietes gemessen. Aber es ist zu beachten, daß es sich um Gelände von entscheidender strategischer Wichtigkeit handelt. Brunete, Quijorna, Villanueva liegen genau im Westen Madrids; der Verlust dieser Orte, bzw. der an sie anstoßenden Höhen stellt eine schwere Rückenbedrohung der an der Stadtgrenze Madrids, in der Universitätsstadt und in der Casa del Campo operierenden Streitkräfte Francos dar. Freilich ist die Bedrohung noch nicht so stark, daß Franco diese Positionen jetzt preisgeben müßte; dazu hätte der Vorstoß der republikanischen Streitkräfte noch ein Dutzend Kilometer weiter nach Süden, etwa bis Navalcarnero durchdringen müssen. Aber im ganzen betrachtet ist Francos Stellung vor Madrid durch die im Rücken drohende Abschneidung viel ungünstiger geworden, und ein neuer Versuch, die Stadt zu nehmen, erscheint noch aussichtsloser als seine Vorgänger, bevor nicht Franco das verlorene Terrain zurückerobert, ein Unternehmen, woran er seine besten Sturmtruppen setzen müßte, Sturmtruppen, die dann für die Eroberung der Stadt selber ihm fehlen würden, selbst wenn sie die erste Aufgabe, woran zu zweifeln ist, lösen könnten.

Nun aber hat die Julioffensive bereits Francos beste Streitkräfte zermahlen. Um ihre Position vor Madrid nur halten zu können, haben die Rebellen ihre an anderen Fronten für wichtige Offensiven bereitgestellten Stammtruppen von dort abziehen müssen, so namentlich von der Nordfront, ebenso von der Teruelfront. Die Zusammenballung von fünfzig oder mehr Bataillonen an den bedrohlichsten Punkten der Madrider Front, zugleich die Zusammenziehung ihrer gesamten Flugwaffe hier hat zwar einen völligen Zusammenbruch der Rebellen im Madrider Abschnitt ver-

hindert. Aber ein großer Teil dieser Bataillone ist buchstäblich aufgerieben worden. Von den starken Besatzungen der Ortschaften Quijorna, Villanueva de Canada und Villanueva de Pardillo ist nichts übrig geblieben. In Quijorna z. B. wurden mehr als 1200 tote Rebellen beerdigt, darunter einige hundert Moros, die Francos beste Truppe darstellen. Die Besatzung von Villanueva de Pardillo hat geschlossen kapituliert. Dazu kommen die starken Verluste, die die Rebellenstruppen bei ihren Gegenangriffen erlitten. Sie wirkten sich so demoralisierend aus, daß an den letzten Tagen die Rebelleninfanterie trotz starker Vorbereitung des Sturmes durch Flieger und Artillerie nicht aus ihren Gräben herauszubringen war, bzw. beim ersten Feuer, das sie erhielt, kehrt machte.

In Gefolgschaft der auf dem Schlachtfeld beobachteten teilweisen Demoralisation hat sich eine noch weitergehende allgemeine Zersetzung auf der Rebellen Seite eingestellt. Die Nachrichten hierüber, die in den letzten Wochen teils durch Ueberläufer, teils auf Grund eigener Beobachtungen der Regierungstruppen eingingen, sind überaus lehrreich. An den verschiedensten Frontabschnitten ist es zu bewaffneten, blutigen Auseinandersetzungen zwischen Rebellenstruppen, bzw. zu bewaffneten Volksaufständen gegen sie gekommen. Dabei hat auch der nationale Gegensatz zwischen den spanischen Truppen Francos und den italo-deutschen Eindringlingen eine wichtige Rolle gespielt. Eigentlich können sich die Hitler und Mussolini schon auf Grund ihrer bisherigen Erfahrungen an den Fingern abzählen, was sogar im Falle eines Rebellen Sieges der nächste Akt sein würde: allgemeine spanische Erhebung zur Abwertung der italo-deutschen Ausbeutung, Bevormundung und

Fremdherrschaft. Der abgründige Haß, den das provokatorische Auftreten der Nazi-Faschisten, die sich bereits als die Herren des Landes betrachten, selbst bei denen hervorgerufen hat, die in ihnen zunächst Verbündete begrüßten, ist ein besonderes Charakteristikum der Lage.

Man kann ganz allgemein feststellen: Zersetzungserscheinungen großen Stils sind fast immer die Folgen unerwartet langer Dauer und Härte des Krieges und großer Verluste. (Man denke z. B. an die große französische Meuterei von 1917, die eine unmittelbare Folge des katastrophalen Zusammenbruchs der Offensive Nivelles war, des »Blutsäufers«, wie seine empörten Soldaten den General nannten.) Insofern stehen die jetzigen Zersetzungserscheinungen zweifellos in ursächlichen Zusammenhang mit den starken Verlusten, die die Madrider Offensive den Rebellenstruppen beigebracht hat. Man muß dabei im Auge behalten, daß diese Verluste die besten und gesinnungsmäßig zuverlässigsten Truppen Francos am stärksten betroffen haben. Wenn nach sicheren Berichten in einem Fall sogar eine mehrere hundert Mann starke Abteilung der unverwundlichen Moros gemeutert hat, wahrscheinlich der Rest einer fast aufgeriebenen, ursprünglich weit stärkeren Truppeneinheit, so ist leicht auszusuchen, wie die Stimmung bei den Bataillonen der Zwangsrekrutierten aussieht, unter denen sich so mancher heimliche Anhänger der Republik befindet.

Im Kriege siegt aber schließlich die bessere Moral. Nicht in dem verkehrten Sinne, daß es auf die Moral der Truppen allein ankäme. Ganz allgemein, für jede Truppe gilt das Gesetz, daß Waffenerfolg den Mut und die Kampfbegierde hebt, so wie Niederlage und schwere Verluste sie mindern. Aber der Grad, in dem das geschieht, — er ist von der Moral der Trup-

pe abhängig, von der Ueberzeugtheit, mit der sie für ihre Sache kämpft. Eine von ihrer Sache überzeugte Truppe übersteht Mißerfolge, eine gesinnungslose Truppe nicht. Hier liegt immer und immer das große Plus, das die Armee der Republik vor der Rebellenarmee voraushat. Ein Volk, das entschlossen für seine Freiheit kämpft, schöpft selbst aus Mißerfolgen, solange sie ein gewisses Maß nicht übersteigen, wichtige Impulse für seinen Kampf. Auf den Verlust Malagas hat das spanische Volk mit der Reorganisation der Armee geantwortet, auf den Verlust Bilbaos mit der Madrider Offensive. Für die Rebellenarmee, die zum größten Teil ohne Ideale kämpft, aus Gesinnsucht und Abenteuerlust des Söldnertums, aus Gehorsam der Diktatordienere gegen die »Führer«, oder auch aus reinem Zwang — bei ihr müssen Niederlagen zur Zersetzung führen.

Wer dies einsieht, der begreift aber auch, wie gerechtfertigt und notwendig das Bestreben der republikanischen Regierung ist, die hohe Moral ihrer Truppen gegen jede Antastung, gegen jede Verfall durch niemals aussetzende Schulung und Belehrung zu erhalten — vor allem aber auch die Moral gegen jede bewußte Zersetzung zu schützen, mag sie kommen, woher sie will. Die Moral der republikanischen Truppen ist ihr kostbarstes Aktivum, und es bleibt deshalb die dringlichste Aufgabe, Streitigkeiten, wie es die Rebellenstruppen bereits zersetzen, aus der republikanischen Armee fernzuhalten, welches auch die Streitpunkte sein mögen. Die republikanische Armee muß eine Armee der Volksfront sein und bleiben, sie darf in keinem Sinne eine Parteiarmer werden, innerhalb derer einzelne Gruppen und Parteien um die Macht ringen. Wahr die republikanische Armee diese Einigkeit, dann wird ihre Julioffensive der erste große Schlag zur militärischen und moralischen Zertrümmerung der Rebellenarmee gewesen sein.

Die Vorbereitung des Bürgerkrieges

Wie Mussolini 1934 die Putschisten unterstützte

In den Archiven der Partei »Renovación Española« hat man dieser Tage ein höchst interessantes Dokument gefunden, nämlich die Kopien des Protokolls der 1. Sitzung, in der (2½ Jahre vor dem Ausbruch des Generalaufstandes!) feste Vereinbarungen über die offizielle Hilfeleistung Italiens bei einem zukünftigen Aufstand der Rechten gegen das republikanische Regime Spaniens getroffen werden. Das Protokoll lautet:

»Die Unterzeichneten, Generalleutnant Emilio Barrera, für seine eigene Person; Don Rafael Lizarra, in Vertretung der »Comunion Tradicionalista«, und Don Antonio Goicoechea, als Chef der Partei »Renovación Española« geben folg. zu Protokoll über die heute, am 31. März 1934, um 4 Uhr nachm. stattgefundene Unterredung mit dem italienischen Regierungschef, Herrn Mussolini, begleitet von dem Marschall Balbo.

Der italienische Chef stellte eingehendste Fragen an jeden einzelnen über die augenblickliche Situation der spanischen Politik, über die Wünsche des Heeres und der Marine und die Ziele der monarchistischen Parteien. Daraufhin gab er den Versammelten folg. Erklärungen ab:

1. Daß er bereit sei, mit allen erforderlichen Mitteln die zwei vertretenen Oppositionsparteien in ihrem Kampf gegen das herrschende Regime zu unterstützen, um die Republik abzuschaffen und an ihre Stelle eine Regenschafft zu setzen, die die vollständige Restauration der Monarchie vorbereite. Diese Erklärung wurde von Herrn Mussolini dreimal feierlichst wiederholt und von den Anwesenden mit selbstverständlichen Worten der Bewunderung und des Dankes aufgenommen.

2. Daß er, als praktische Demonstration und zum Beweise seiner guten Absicht, bereit sei, sofort 20.000 Gewehre, 20.000 Handgranaten, 200 Maschinengewehre und 1.500.000 Peseten in Metallgeld anzuhändigen.

3. Daß diese erste Hilfeleistung nur einen vorbereitenden Charakter trage und durch andere, größere Leistungen ergänzt werden würde in dem Maße, wie die jeweiligen Umstände es erforderten.

Die Anwesenden kamen dahin überein, daß sich zwecks Entgegennahme der genannten Geldsumme eine dreiköpfige Kom-

mission bilde aus Herrn Olazabal und Vertretern der zwei genannten Parteien; diese wurde beauftragt, derlei Fonds zu verwalten und sie den beiden Parteivorsitzenden zur gemeinsamen Verfügung zu übergeben, zu ihrer Aufteilung — hier steht ein unleserliches Wort — unter die beiden Parteien in der Form und unter den Bedingungen, die diese disponieren würden.

In derselben Weise einigte man sich in bezug auf die erste Waffenlieferung und beschloß, daß die genannten Vorsitzenden alle erforderlichen Maßnahmen veranlassen würden, um die jeder Gruppe entsprechenden Teile zu übernehmen und für ihren Transport nach Spanien zu sorgen.

Rom, 31. März 1934.

Der bedeutendste Kopf der »Renovación Española« war Calvo Sotelo. Es gehört mit zu den Verdrehungen der wahren Zusammenhänge, wenn die Franco-Anhänger in und außerhalb Spaniens behaupten, daß die Ermordung von S. der Anlaß des Bürgerkrieges gewesen wäre. Seine Ermordung war das erste Attentat auf einen führenden Mann der Rechten, während zahlreiche Attentate auf Minister und Parteiführer der linken bürgerlichen Gruppen und Sozialisten vorausgegangen waren, ohne daß die Regierung zu so drastischen Mitteln griff. Daß sein Tod als so besonders verhängnisvoll von den Aufständischen empfunden wurde, wird verständlich durch die Nachrichten, die durch die Presse der Rechten durchgesickert sind: er war als politisches Oberhaupt ausersesehen, das General Sanjurjo beigegeben werden sollte — wahrscheinlich als Belohnung für die Verdienste, die er sich um die Vorbereitung und Finanzierung des Aufstandes im In- und Ausland erworben hatte!

In diesen Tagen, wo der italienische Duce in seiner »Friedensrede« England und der Welt gegenüber kühn erklärte, er würde nicht dulden, daß am Mittelmeer der Bolschewismus sich festsetze, trifft es sich gut, daß die spanische Regierung, die wertvolle Dokumente ans Licht der Öffentlichkeit gebracht hat: Dieses beweist authentisch, was bisher dokumentarisch nur in bezug auf den Freund und Bundesgenossen Italiens, den deutschen Nationalsozialismus bewiesen werden konnte. Beide faschistischen Regierungen haben seit Jahr und Tag intensiv an der Untergrabung des demokratischen Regimes eines fremden Staa-

tes gearbeitet. Wie wäre es anders zu erklären, daß der italienische Staatschef bereits im Jahre 1934 (!) offiziell mit konspirativen Elementen der spanischen Rechtsparteien verhandelt und ihnen großzügigste Hilfe für jeden Umsturzversuch zusagt, der die durch eine spontane große Volksbewegung i. J. 1931 geschaffene Republik beseitigen würde?

Durch eine skrupellose, aber grandiose Propagandakampagne haben es die faschistischen Regierungen erreicht, einem großen Teil der Welt einzureden, daß sie im Juli 1936 nur im Namen der Zivilisation gegen den »kulturzerstörenden Bolschewismus« auszogen, der von der Pyrenäenhalbinsel aus ganz Westeuropas bedrohte. Das wurde und wird behauptet, obgleich gerade die Kommunisten die geringste Zahl von Anhängern unter den Linksparteien hatten und obgleich die Regierung, gegen die der Generalputsch sich richtete, eine rein bürgerliche war! Aber auch mit einer noch so kühnen Verdrehung der Tatsachen wird selbst der tüchtigste Propagandachef nicht klarmachen können, daß Spanien im Frühjahr 1934, als Mussolini den künftigen Putschisten die ersten Waffen und Gelder schenkte, bolschewistisch war. Es ist der Frühling nach den Herbstwahlen von 1933, die einen entscheidenden Sieg der Rechtsparteien gebracht hatten: 352 Abgeordnete der Rechten standen nur 121 Deputierte der Linken gegenüber, darunter nur 58 Sozialisten und 1 (ein) Kommunist! Die Regierung wurde von Lerroux geführt, dem ehemaligen entschlossenen Republikaner, der aber längst seinen Frieden mit der Rechten gemacht hatte und die Leitung der Geschicke des Landes den alten Mächten der kirchlichen weltlichen Republik überantwortet hatte.

Gute zwei Jahre vor Ausbruch des Aufstandes versorgte Mussolini bereits die kommenden Verschwörer mit Waffen und Geld; das hinderte ihn aber nicht, monatelang im Nicht-Interventionsausschuß mitzuarbeiten und von allen Regierungen Europas zu verlangen, daß sie der legalen Regierung eines souveränen Staates jede Möglichkeit nähmen, die Waffen käuflich zu erwerben, die sie zur Niederschlagung einer Rebellion unbedingt braucht. Verteidigungskampf der Zivilisation gegen den anstürmenden Bolschewismus oder gewaltsame Expansion des totalitären Systems, das ideologische Vorwände benutzt, um seine höchst realen Machtgelüste zu befriedigen?!

Ein Bußprediger Germaniens

Friedrich Wilhelm Foerster: Europa und die deutsche Frage

Im katholischen Vita Nova-Verlag in Luzern hat Friedrich Wilhelm Foerster sein neues Buch erscheinen lassen. »Europa und die deutsche Frage« ist auch ein durchaus katholisches Buch. Der Katholizismus freilich, den es predigt, trägt wieder ganz persönlich Foerstersche Züge.

Was ist der Sinn dieser Zeit? Der Sinn aller Zeiten! Kampf des Lichts mit der Finsternis, der Götter mit den Titanen, des Guten mit den Bösen. Das Böse, das ist das »kollektive Tier«, das Gute aber ist die Welt Christi. Das »kollektive Tier«, ist verkörpert im vernaziten, das heißt durch und durch verpreußten, dem Gewaltaberglauben verfallenen Deutschland. Sein Furor ist »Logik des Teufels«. Und dieser Furor hat eine Dynamik, der nur die Dynamik Christi gewachsen ist. Es genügt nicht, daß die Deutschen friedlich, human, demokratisch, sozialistisch werden — nein, es wird nicht besser, solange sie nicht alle christlich in Foersters Sinne geworden sind.

Wir erleben eine Wiedergeburt des Christentums. Im Kampf gegen die nazistische Barbarei erregen katholische und protestantische Geistliche durch ihre Tapferkeit Bewunderung. Wo wäre noch einer auf der Linken, der etwa einen Niemöller, einen Faulhaber »Pfaffen und Volksverdummer« schimpfte — das Wort würde ihm auf den Lippen erstarren. Kirche und Prozessionen erhalten einen gewaltigen Zulauf von Gläubigen und Ungläubigen. Ja, auch von Ungläubigen — aber daß sich diese Ungläubigen, um nicht zu ersticken, zu den Altären flüchten, ist das nicht schon für die Altäre ein ungeheurer moralischer Erfolg? Kommunisten stimmen für die konfessionelle Schule und rühmen sich dessen laut. Gewiß, tun sie es nur aus Opportunismus, gleichviel — Leuten, denen es vor fünf Jahren nicht mehr genigte, »Freidenker« zu sein, die durchaus »Gottlose« sein mußten, sie stimmen jetzt katholisch und recken die Hüfte zur Kanzel, wenn Faulhaber oben steht und spricht.

Foersters Buch lehrt nun wohl ein etwas anderes Christentum, als die Faulhaber und die Niemöller. Aber es bleibt trotzdem ein Zeichen der Zeit, und als solches muß man es ernst nehmen. Sein Verfasser ist sicherlich nicht dümmer und nicht ungebildeter als die meisten seiner Kritiker. Aber er lebt in einer ganz anderen Welt als sie. Und das macht das Einanderverstehen so schwer. Foerster glaubt, daß der Welt, in der er jetzt lebt, die Zukunft gehört. Es mag sein, daß seinem heißen Glauben eine stärkere »Dynamik« innewohnt als unseren kühleren Zonen entstammenden Ueberzeugungen. Und doch sind wir genötigt, den Totalitätsanspruch, aus dem Foersters Dynamik entspringt, mit derselben Entschiedenheit abzulehnen wie jeden anderen. Wir können uns verständigen mit einem Christentum, das sich mit uns verständigen will. Wir lehnen aber jede Diktatur ab, auch die eines Dogmas oder einer Hierarchie.

Wenn Foerster, der Föderalist, der Erzfeind des Preußentums, die katholische Position bezieht, handelt er mit einer gewissen rückwärtsgewandten Konsequenz. Deutschland war einmal föderalistisch, unpreußisch und katholisch. Das ist für Foerster die goldene Zeit. Aber dann kamen die Ordensritter (waren sie nicht auch Katholiken?) und kolonisierten mit Mord und Totschlag den slawischen Osten. Und später kam die Reformation, die Säkularisierung, die Verweltlichung so vieler Einrichtungen und Güter, die vordem geistlich gewesen waren, der Aufstieg des protestantischen Preußen, Bismarck, Wilhelm II. und schließlich als höchste Personifikation der antichristlichen nationalistischen Selbstsucht Hitler.

Hier muß ich gestehen, daß meine Inhaltsangabe lückenhaft geworden ist. Aber der Leser würde es nicht verstanden haben, wenn ich ihm ohne Vorbereitung mitgeteilt hätte, daß für Foerster Männer wie Ebert, Wirth, Rathenau und Stresemann keineswegs geistige Antipoden Hitler, sondern nur seine Vorläu-

fer und Wegbereiter gewesen sind. Sie füllen in seiner Darstellung die Lücke zwischen Wilhelm II. und Hitler mit einem homogenen Stoff. Für Foerster ist die demokratische Republik nicht etwas vom Dritten Reich grundsätzlich verschiedenes, sondern nur eine Maske, die sich das böse Preußentum vorgebunden hatte, um seine Gegner zu täuschen. Als es sich wieder stark genug fühlte, zeigte es sein wahres Gesicht.

Der Ungläubige wird einwenden: Aber Hitler ist doch kein Preuße, sondern ein Oesterreicher, Göring ist ein Bayer, Göbbels als Rheinländer nur Muß-Preuße. Heß, Rosenberg, Darré sind Exoten — wo bleibt da die überragende Macht des Preußentums? Es gibt offenbar für Foerster ebenso weiße Preußen, wie es für die Antisemiten weiße Juden gibt.

Der Ungläubige könnte ferner einwenden, daß das Konfuse, Ekstatische, Psychopathische, das dem Nazismus anhaftet, etwas absolut Unpreußisches, ja geradezu Antipreußisches ist. Foerster würde darauf antworten, daß der Gewaltwille, der hinter diesen Oberflächen-Erscheinungen stehe, eben ganz anders als diese geartet sei, nämlich preußisch.

Gläubigen hat es nie an Argumenten gefehlt, um Ungläubige zu widerlegen.

Wir stimmen mit Foerster vollkommen darin überein, daß das, was er als Preußentum ansieht, vernichtet zu werden verdient. Was wir aber ebenso entschieden ablehnen, ist die Identifizierung einer bestimmten Geisteshaltung mit bestimmten geographischen oder ethnographischen Begriffen. Eine solche Identifizierung schlägt den höchsten sittlichen Forderungen, die Foerster selbst stellt, ins Gesicht, sie ist ungerecht, unsittlich und unchristlich.

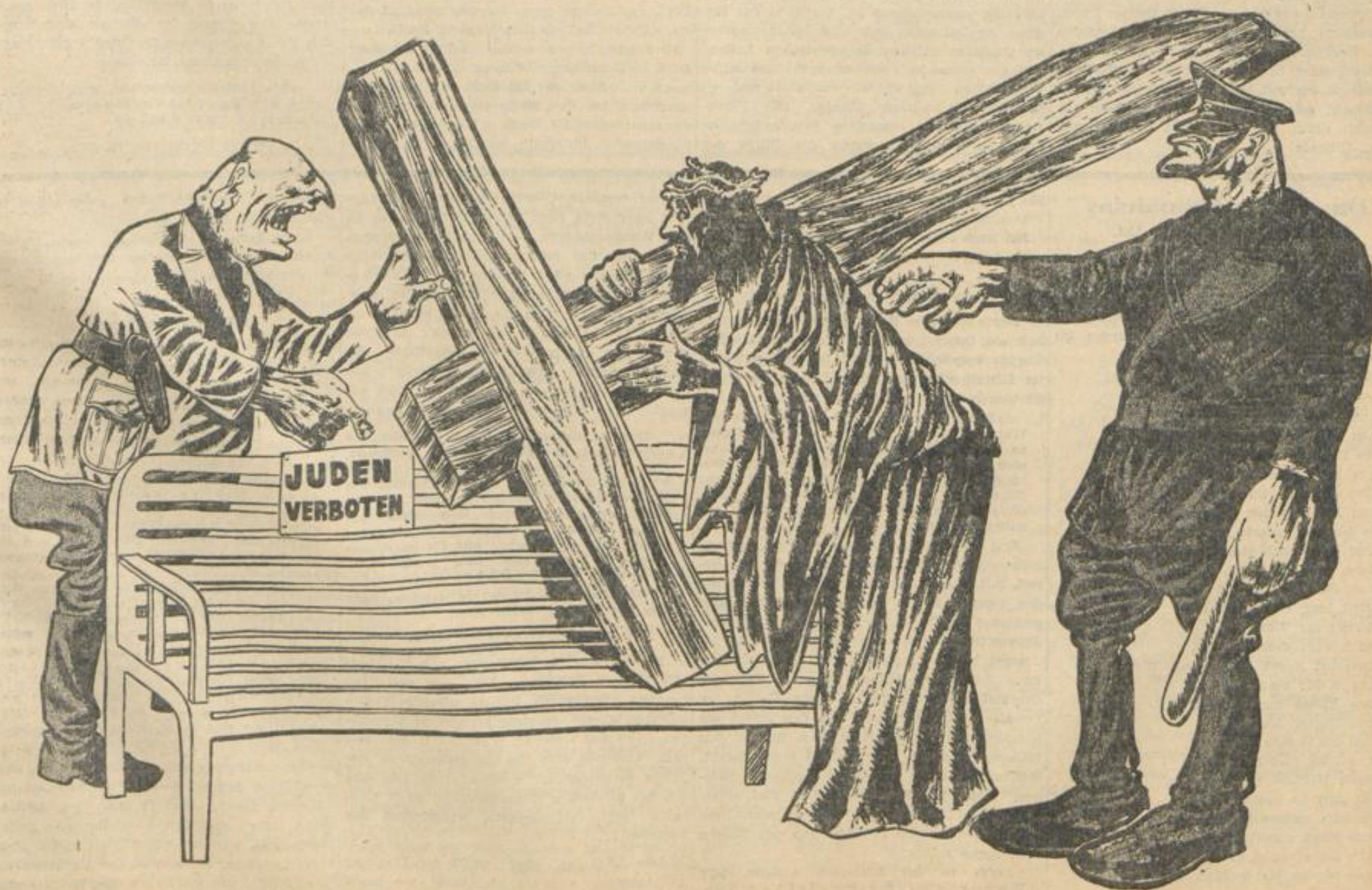
Woher dieser ungeheure Widerspruch? Er erklärt sich daraus, daß Foerster nicht ein internationaler sozialistischer oder christlicher Richtung, sondern ein auf den Kopf gestellter Nationalist ist. Für ihn heißt es keineswegs: »Gehet hin und lehret die Völker!« Für ihn gibt es nur

ein einziges Volk, an das er sich mit seinem fanatischen Bekehrungseifer wendet, und das ist sein Volk. Dieses Volk und dieses allein, macht er zum Objekt seiner pädagogischen Bemühungen, und er ist ein harter Erzieher, ein unerbittlicher Bußprediger. Er schenkt ihm nichts, es muß seine ganze Schlechtigkeit im Spiegel sehen: die Schuld am Weltkrieg, die Grausamkeit der Kriegsführung! Dafür war der Frieden von Versailles noch zu gelinde, und die Erleichterungen, die gewährt wurden, kamen zu früh. Kein Zweifel, Foerster erwartet eine noch schlimmere Niederlage, und einen noch härteren Frieden als ein notwendiges Erziehungsmittel für sein Volk, damit es schließlich aus allen Prüfungen geläutert hervorgehe und die Welt doch noch einmal an deutschem Wesen genesen kann.

Foerster nennt sich selbst einen glühenden deutschen Patrioten. Ich glaube, damit sagt er zu wenig. Er ist ein Chauvinist und chauvinistischer als alle Chauvinisten. Es ist sein umgestülpter Chauvinismus, der ihn an allen Nichtdeutschen, mögen sie Stalin, Mussolini, Schuschnigg, Clemenceau oder Poincaré heißen, nur die guten Seiten erkennen läßt, während er einen Rathenau als »Mitmacher« abkanzelt, Stresemann aber geradezu als einen Betrüger hinstellt, der den braven, leichtgläubigen Briand hineingelegt hat.

Foerster hält die Deutschen ebenso wie die Juden für ein Missionsvolk. Wir glauben nicht an auserwählte Völker und gehen darum in unserer Läuterungseifer nicht so weit. Richtig scheint uns dagegen zweierlei: erstens, daß jede von den menschlichen Sittengesetzen abstrahierende Politik, gleichviel, wer sie treibt, ein furchtbares Uebel ist, und zweitens, daß eine solche Politik, wenn sie von Deutschen betrieben wird, außerdem noch ein ungeheurer Unsinn ist. Denn das Deutschtum nimmt durch seine Zahl, seine Leistungsfähigkeit, seine Verbreitung auf zahlreiche Staaten und Länder, besonders im Osten und Südosten Europas, eine sol-

Das Berliner Bezirksamt Prenzlauer Berg hat Promenadenbänke mit der Aufschrift versehen lassen: Juden verboten.



che natürliche Vorzugsstellung in der Welt ein, daß es, um sich gebührend zur Geltung zu bringen, gewaltsamer Methoden am wenigsten bedarf. Versailles und St. Germain waren, zumal nach der Streichung der Reparationen, für einen neuen Aufstieg gar kein so schlechter Start. Wenn man freilich, wie Foerster es tut, sich gegen Locarno und Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund ausspricht, und jede, auch die friedlichste Vermehrung deutschen Einflusses im Ausland als Pangermanismus beargwöhnt, dann fordert man die Frage heraus, wie sich ein solcher Ratgeber das richtige Verhalten des deutschen Volkes in der Praxis eigentlich vorstellt. Selbst wenn es willig auf alle seine Ratschläge einging — wer garantiert ihm, daß danach nicht ein neuer Ueber-Foerster aufstünde, der entdecken würde, daß auch diese Bekehrung nichts anderes sei als eine widerliche Heuchelei und eine neue Maske, die sich das Preußentum vorgebunden habe.

Foerster ist viel zu katholisch, als daß er mit dem politischen Katholizismus der Vorhüterzeit etwas zu tun haben könnte. Der Kritik, die er an ihm übt, kann man zustimmen oder widersprechen. Nur wird man dabei finden, daß dieser Katholizismus eben in allem, was er richtig oder falsch gemacht hat, politisch gewesen ist. Foersters Katholizismus ist ganz anderer Art. Er ist von Grund auf unpolitisch. Man kann sagen, er stehe außerhalb, man kann auch sagen, er stehe oberhalb jeder Politik. Er mag auf eine Minderheit, die seelisch entsprechend vorbereitet ist, wirkend und aufrüttelnd wirken. Massen wird er nicht in Bewegung setzen. Wenn er sein Ziel erreichen will, muß er erst die Nichtchristen zu Christen, und dann noch die Christen zu Christen in seinem Sinne machen. Das aber heißt, die Entscheidung bis zu einem ganz unbestimmten Zeitpunkt vertagen.

Der Staat, der in Wirklichkeit eines Tages aus den Trümmern der Hitlererei entstehen wird, wird weder der Idealstaat Platons, noch die Civitas dei des Heiligen Augustin, noch der Zukunftsstaat August Bebel's sein. Wahrscheinlich wird es in großem und ganzem ein Staat sein, von dessen Art es schon einige gibt, und in dem für die christliche Kirche ebenso Platz sein wird wie für die sozialistische Arbeiterbewegung. An der Schaffung eines solchen Staates mitzuarbeiten, könnte eine Aufgabe für den politischen Katholizismus sein, vorausgesetzt, daß es einen solchen noch gibt. F. St.

»Putze unter den fünfundsiebenzig Prozent!

Da kann auch ein Kakadu nichts machen. Genrebild aus dem modernen Berlin: Durch gedruckten Anschlag an den Straßensäulen des Berliner Nordens teilt Frau Willers, Schievelbeiner Straße 37 allen mitleidigen Kon-Berlinern mit, daß ihr Papagei »Putze« entflocht sei; besondere Kennzeichen: er spricht: »Pfu, du sollst nicht beißen!« und »Heil Hitler!«

Das Hexen-Einmaleins

Faust, III. Reich, letzter Akt.

Ort: Hexenküche in Berchtesgaden, auf dem allgermanischen Herd steht ein großer Kessel, in dem jeder seine Suppe kocht. Die Hexe — in der Uniform eines Fliegergenerals — rührt mit seltsamen Gebärden im Sud umher.

Hexe:

Dies sei dein Stolz:
Aus Dreck mach Holz,
Aus Eins mach Zehn,
Die Zwei laß gehn,
Aus Holz mach Dreck
Und schmeiß ihn weg,
Aus Flachs mach Quark,
So bist du autark,
Und Drei mach gleich,
Dann bist du reich,
Aus Quark mach ein Kleid,
Zieht lang sich und breit,
Verlier die Vier!
Du kannst damit heizen,
Brauchst Speck nicht noch Weizen,
Aus Kohle mach Butter,
Den Kühen zum Futter,
Aus Butter Kanonen
Und Staatssubventionen,
Aus Fünf und Sechs
Mach Wechsel und Schecks,
Die wirf in den Schacht,
So ist's vollbracht:
Aus Neun macht er Eins,
Aus Zehn macht er keins,
Das ist das Hexen-Einmaleins!

Faust:

Mich dünkt, die Alte spricht im Fieber.

Der nicht unbeträchtliche Wirrwarr, der sich an die durch die historischen Gegebenheiten der Hitler-»Revolution« bedingte Verpflichtung des »Führers« knüpfte, seine ursprüngliche »Revolutions«-Truppe, die SA, um ihre Putschbeute bringen zu müssen — eine Verpflichtung und ein Zwang, die bekanntlich den 30. Juni auslösten — ist sicherlich noch nicht in sein letztes Stadium getreten und läßt nach wie vor alle Möglichkeiten, Grotesken ebenso wie Explosionen, offen. Nach allen möglichen anfänglichen Experimenten zum Teil grimmig-komischer Natur, die hinter ihren Bonzen noch immer nicht versorgten »alten Kämpfer« irgendwie von der Politik ab, und in ungefährliehe Betätigungsbereiche hineinzuschleichen — es gab da schon Schneeschuppen im Winter, Verkehrsregelung mit angemessenen Polizeibefugnissen, freiwillige Feuerwehrdienste, »Kultur-aufgaben« durch Massenproduktion von »Kameradschaftsabend« und andere Betätigungen im Amüsiergewerbe — ist man schon seit längerer Zeit auf den noch am meisten versprechenden Ausweg verfallen, den deutschen Sport mit diesem politischen SA-Komplex zu belasten. Als natürliche Folgeerscheinung dieser politischen Regime-Maßnahme ist nun freilich im deutschen Sportbetrieb eine enorme Desorganisation eingetreten: überall stehen sich die »alten« Verbände und Vereine mit ihren freiwillig geworbenen Mitgliedern und auch freiwillig gezahlten Beiträgen einerseits und die SA- und SS-Formationen, die nun auch gewissermaßen den Sport »hauptamtlich« betreiben müssen, wie Hunde und Katzen gegenüber. Überall gibt es Kompetenzgeiz und Schmutzkonkurrenz um Spieltermine und Spieltrophäen. Man jagt sich die Mitglieder gegenseitig ab, wobei die »alten« Vereine natürlich schon dadurch den kürzeren gewöhnlich ziehen, daß hinter dem »Wehrsport« der SA und SS (was freilich nicht viel mehr als nur ein Schlagwort ist, da hier genau so Fußball bei guten Eintrittsgeldern oder Schwimmfeste mit zahlungsfähigen Tribünen absolviert sein wollen) gewöhnlich die Polizei oder doch die Gemeindekasse steht. Dafür haben freilich die Vereine wieder den Vorteil, daß sie die eigentlichen Passionisten einer besonderen Sportart in sicherlich traditionellerem Stil betreuen können und darum den »struggle for existence«, der auf der ganzen Linie entbrannt ist, immer noch, trotz aller behördlichen Benachteiligungen im Vergleich zu den »alten Kämpfern« bestehen können...

Daß dieser Sportkrieg noch nicht in Bürgerkrieg umgeschlagen ist, verdankt das Regime der Tatsache, daß »das Führerprinzip« im Organisatorischen der deutschen Leibesübungen genau so mit allen diktatorischen Vollmachten fungiert, wie auf allen anderen Gebieten des »totalen« Staates. Die Feindschaft und die einzelnen Feindseligkeiten passieren vorerst sozusagen die Büros des

Mephistopheles:

Das ist noch lange nicht vorüber. Ich kenn es wohl, es ist kein leerer Wahn: So klingt der ganze Vierjahrsplan.

Aus dem Hinterhalt

Der »Völkische Beobachter« brachte kürzlich ein Inserat, in dem sich das »Schwarze Korps« empfiehlt. Womit? Mit einem Photo im Mittelpunkt, das einige Leute im Badekostüm zeigt. Darunter der Text:

»Juden unerwünscht? Frech wie die Wanzen und wasserscheu wie Heupferde: so hocken sie scharenweise in der schönsten Umgebung Berlins, in gewissen Erholungstälchen... ein Zustand, der dem Schwarzen Korps Veranlassung gibt, sich diese eigenartigen »Ausflügler« etwas genauer anzusehen.«

Das Photo ist harmlos, es soll nur anlocken, denn der richtige Nazi ist gern bereit, mit den Beinen einer Jüdin Reklame für den eigenen Laden zu machen. Aber noch gemeiner ist die andere Absicht. Der »Neue Vorwärts« war in seiner Nummer vom 15. August in der Lage, das Protokoll der Berliner Ratscherrn-Sitzung vom 3. Juni im Original zu reproduzieren. Das Thema der Debatte: Wie verbieten wir den Juden die Erholung an den Berliner Seen und in den Bädern, ohne daß das Ausland etwas merkt. Stadtmedizinalrat Dr. Conti mußte zugestehen, daß jüdische Frechheiten und »Mißstände nicht beobachtet worden seien« und daß man die Juden mit List aus den Bädern verdrängen müsse.

»Ob es bei Wannsee ratsam ist? Wannsee wird sehr viel von Ausländern besucht. Wannsee ist also der kritische Punkt.«

Wie sage ich es der SA?

Der deutsche Sport als Opfer der Hitlerschen Regime-Sorgen

»Reichssportführers« einerseits und die des »Stabschefs der SA« oder des »Reichsleiters der SS« andererseits, um dort im Sinne jener Schachtschen Piratenweisheit, daß »sie ja schließlich alle in einem Boot sitzen«, immer wieder, wenn auch noch so notdürftig und gebrechlich, »eingerenkt oder doch vertagt zu werden. In letzter Zeit verdichtet sich allerdings aus einer ganzen Reihe sehr deutlicher Symptome der Gesamteindruck, daß es mit diesem »Führungsprinzip« so saute zu Ende geht und der offene Krieg — fraglich, wie er ausläuft! — an allen Fronten beginnt. Die SA will eine Monopolstellung im deutschen Sportbetrieb an sich reißen, weil sie sonst ihre Leute nicht in jener auf den Sport allein beschränkten Genügsamkeitstimmung halten kann; dabei sind die Absichten auf das oft reiche Vermögen der »Vereine« und die allgemeinen Ertragnisse jeden Sportbetriebes in der modernen Form für sie das eigentlich anstrebende Moment. Umgekehrt wollen sich die »Vereine« nicht noch weiter ausrauben und drücken lassen, schon allein deshalb, weil das für die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Sports im internationalen Rahmen geradezu verheerende Folgen haben müßte. Das Regime dürfte freilich angesichts dieser Sachlage durchaus entschlossen sein, den Sport seiner politischen Raison zu opfern! Es kommt hinzu, daß es immer schon mit einem trockenen und einem nassen Auge die internationale Seite des Sportes betrachtet hat und daß die Gestapo von jedem Fußballländerspiel, das irgendwo draußen stattfindet, die entsprechend wachsende Vermehrung von einflussreichen »Staatsfeinden« feststellen muß.

In den letzten Wochen fand im Hause des Deutschen Sportes in Berlin eine wichtige Spitzenbesprechung über diese immer akuter werdende »Krise« statt. Das wohlstilisierte Kommuniqué der »Pressestelle des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen« (DRL) darüber mußte die sportliche Fachpresse allenthalben kommentarlos übernehmen. Trotz aller schlaubergerischen Umschreibung des wahren Sachverhaltes (daß nämlich da die gegenteiligen Interessen sehr hart aneinander geraten sind) ist er doch für den Eingeweihten klar genug aus dem Dokument zu erkennen. Da hat der »Obergruppenführer« der SA Herzog, »Stabsführer der Obersten SA-Führung«, es den entsetzten Verbandsvorsitzenden klar genug ins Gesicht gesagt, daß die SA »den Auftrag erhalten habe, Träger und Durchführer der NS-Kampfspiele zu sein«. Diese Berufung habe »draußen im Lande viele Fragen ausgelöst; es bestehe aber (!) kein Gegensatz zwischen SA und DRL, geschweige denn eine Gegnerschaft der SA mit dem Ziel der Zerschlagung des DRL... (wir folgten hier dem Kommuniqué wörtlich! D. R.) Dann Brigadeführer der SS Herrmann: »Auch die SS zieht ihre tüchtigen Kämpfer in der SS-Sportgemeinschaft zusammen; die SS wolle aber (!!!) keine Sonderrechte innerhalb des DRL«. Schließlich

stellte noch der »Gebietsführer« der Hitler-Jugend Schindler fest, daß dem Totalitätsanspruch der HJ dadurch Rechnung getragen worden sei, daß »der Reichssportführer die Betreuung des gesamten Jung-Sportes in die Hände des Amtes für Leibesübungen der Reichsjugendführung gelegt habe«. Wie gesagt: das sind die wörtlichen Konstatierungen des amtlichen Kommuniqués selbst! Was bei dieser Sachlage für den eigentlichen Sport nun eigentlich übrig bleiben soll, wird wohl das Rätsel der Macher des Dritten Reiches bleiben müssen. Da dann auch noch ein Vertreter des »Sportamtes der Deutschen Arbeitsfront«, der Pg. Lorch darauf bestanden hat, »wettkampfpflichtige Mitglieder der Betriebe in Wettkampfgemeinschaften der Deutschen Arbeitsfront zusammenzufassen«, konnte Herr von Tschammer-Osten die denkwürdige Sitzung mit dem Appell schließen, daß es nun »Pflicht aller sei, sich in die nunmehr einige Front der deutschen Leibesübungen einzugliedern... In jedem anderen Lande würde nach allem Vorangegangenen hier ein solches Kommuniqué mindestens »firmische Heiterkeit« registriert haben. In Deutschland muß so etwas kommentarlos geschluckt werden!

Die Aushöhlung des alten Sportes hat dann in den allerletzten Tagen noch insofern weitere Fortschritte gemacht, als der »Stabschef« Lutze der SA selbst an die Rampe getreten ist und in Interviews mit Nazi-reportern und in eigenen Zeitungsartikeln die große Aktion der SA für ihren »Wehrsport«, die aber eben nur möglich ist auf Kosten der alten Verbände, in aller nächste Aussicht gestellt hat. Nun braucht man gewiß alle Reaktionen solcher unpolitischen Opposition gegen das Regime, wie sie hier in manchem Tausend von kleinen Sportdubs und vielleicht bei Hunderttausenden von Nur-Sportlern äußern mag, die bisher in der Sache ihres Schwimmvereins oder Fußballklubs aufgingen und das auch sicher weiter so halten möchten, nicht zu überschätzen. Aber wenn wieder einmal von den fünfundsiebenzig Prozent die Rede sein sollte, die Hitler angeblich im Volksganzen hinter sich habe, dann sollte man auch einmal im kommenden Winter in deutschen Turnhallen oder auf Ballspielplätzen so unter der Hand flüsternd herumfragen, um ganz richtig im Bilde zu sein...

Kindermund

Die ostpreussischen Teilnehmer des »Adolf-Hitler-Marsches« wurden auf der Durchreise nach Nürnberg in Merseburg feierlich empfangen. Der Führer des »Bannes Merseburg« hielt ihnen eine Ansprache und sagte (laut »Preussische Zeitung« Nr. 233):

»Die Hitlerjugend gehört zum Arbeiter, wie die Faust zum Hammer, wie Hammer zum Amboße.

... wie die Knute zum Rücken.

immer die Frechheit haben, gelegentlich in »Gottes freie Natur« zu pilgern.

Diese heroische Tapferkeit gegen Unterlegene, Waffenlose, Minderheiten und Schwächere macht den Nazis niemand nach.

Spiegelbilder

Im Dritten Reich schreit man nach Humor, nicht nach Satire, denn die ist einer Despotie immer gefährlich gewesen. Die »Neue Rundschau« versucht in einem Artikel über »Satiriker der Weltliteratur« auch für satirische Narrenfreiheit etwas Luft zu schaffen. Es heißt da:

»Schilt den Spiegel nicht, wenn deine Fratze achief ist, lautet jenes russische, dem »Revisor« vorangestellte Sprichwort, worin sich aufs einfachste das imaginäre Bewußtsein von der Idealität und Totalität des Vollkommenen ausspricht.

Erst durch die Tatsache, daß hinter dem Spiegel oder im Bewußtsein des Spiegels der Traum der Vollkommenheit mitwirkt, und zweitens, daß eben jene Fratze, sei es aus Selbstverliebtheit, sei es aus unbegreiflicher Machtillusion, sich selbst für das Urbild aller Vollkommenheit hält, durch diesen romantisch-phantastischen Widersinn erst gewinnt auch das Spiegelbild seine tiefere, satirische Bedeutung.

Das trifft zwar auf alle Despoten zu, aber es ist klar, daß der deutsche Leser dabei nur an einen denkt. Und da man im Dritten Reich nur »positive Einstellungen« gelten lassen will, weil die »negativen« meist Mekkerei bedeuten, so benutzt der Verfasser die Gelegenheit, um die Satire der Weltliteratur gegen diese braune Begriffsvermischung auszuspielen:

Der wackere Oberbürgermeister Dr. Lippert aber weiß Rat: Schon 1935 habe er in den Wannseebädern ein Schild anbringen lassen, das den Juden jeglichen Zutritt verbietet. Jedoch: »Auf Wunsch des Auswärtigen Amtes haben wir es wieder wegnehmen müssen, als die Vorbereitungen zur Olympiade rollten...« Dafür wurde eine andere Methode eingeführt. SS und SA legten sich in den Hinterhalt, um Juden zu verdrängen, die sich ins Bad gewagt hatten. Hören wir Dr. Lipperts Schluß:

Der Bademeister hat den Betreffenden aufgefordert, das Bad sofort zu verlassen. Wo es nötig schien, haben die wackeren SA-Leute draußen im Walde außerhalb des Badebetriebes ein bißchen gewartet, bis der Mann herauskam, und ihm dann das Nötige eröffnet. (Heiterkeit.) Dieses Verfahren soll sich, wie mir Parteigenosse Kiepe s. Z. berichtet hat, außerordentlich gut bewährt haben.

(Ratscherr von Jagow: In welchem Jahr war das?)

Das war im vergangenen Jahr.

Nachzulesen in jenem vom »N. V.« veröffentlichten Protokoll. Die dort von den braunen Oberbonzen Berlins offenbarte Gesinnung ist an Gemeinheit nicht zu überbieten. Um das Geschäft nicht zu trüben, soll dem Auslande eine liberale Behandlung der Juden vorgetäuscht werden, indes SS und SA mit offiziellem Gummiknüppel im Hinterhalte liegt. »Heiterkeit«, verzeichnet das Protokoll...

Das SS-Organ aber greift die Idee auf und bringt eine ganze Bilderseite, um braunes Gesindel auf jene jüdischen Staatsbürger und Steuerzahler zu hetzen, die etwa noch

Zurück zur Galeere!

Ein Blick hinter hitlerdeutsche Zuchthausmauern.

Eine kirchlich-evangelische Zeitungskorrespondenz der Schweiz berichtet dieser Tage mit der angesichts des Vorganges gebotenen Entrüstung, ihr wäre aus glaubwürdigster Quelle bekannt geworden, daß der seit Wochen in Gefängnishaft befindliche Führer der oppositionellen »Bekennniskirche«, Pfarrer Niemöller, dort Schlimmes zu erdulden habe; so wäre er schon Verhören von vielen Stunden hintereinander unterworfen worden, denen er sich dauernd stehend habe unterziehen müssen. Im allgemeinen kommt wenig an den Tag, was sich an Schrecken und Menschenunwürdigkeiten in Hitlerschen Strafanstalten täglich und stündlich abspielen mag. Die »Grenelberichte«, vor allem die beglaubigten, die über den Strafvollzug im Dritten Reich vorliegen, erstrecken sich mehr auf das Treiben des Regimes in den Konzentrationslagern, als auf den Befund in Gefängnissen und Zuchthäusern. Sicherlich bestehen da auch noch bis heute bestimmte Gradunterschiede des angewandten Schreckens — zum Teil dadurch erklärlich und so auch vom Volksempfinden selbst im Dritten Reich angesprochen — daß in den »alten« Anstalten das berufsmäßige Anstaltspersonal immer noch der Mittler zwischen Regime und Insassen ist, und nicht, wie in den »Lagern«, Hitlers Sturmgarden, noch dazu Ausgesuchte im Hinblick auf ihre moralische Verkommenheit und fragwürdigste Herkunft. Ganz falsch aber wäre es, zu glauben, daß eben zum Unterschied von der »Kazett-Erziehung« sich der »normale« Strafvollzug in Hitlerdeutschland noch im ungefähren Rahmen solcher Grundsätze und Methoden hielt, die sonst in der zivilisierten Welt allenthalben anerkannt sind und unter der allgemein sittlichen Forderung nach »Humanisierung des Strafvollzuges« weiterer Entwicklung zum Besseren sich aufgeschlossen halten. Das Dritte Reich erlebt vielmehr auf diesem Gebiete die genau gegenteilige Entwicklung, die noch keineswegs in ihrer mittelalterlichen Schreckhaftigkeit abgeschlossen sein dürfte; Weg von der Humanität! Zurück zum Bagno und zur Galeere!

Der Strafanstaltsoberrichter Dr. Struve ist gewiß nicht irgendwer in der Hierarchie des nationalsozialistischen Staates. Herr Struve leitet an höchster exekutiver Stelle die größte und »modernste« deutsche Strafanstalt, nämlich Zuchthaus und Gefängnis von Berlin-Moabit. Wie es in einer hitlerdeutschen Strafanstalt, gleich ob es sich um die Strafverbüßung von »Politischen« oder Kriminellen handelt, die ja auch Herr Struve in seiner Amtseigenschaft gleichermaßen in besonders großer Zahl zu »betreuen« hat, aussieht oder mindestens aussehen soll, das schildert er in der letzten Ausgabe des deutschen Fachblattes »Blätter für Gefängniswissenschaft«. Allein die Psy-

chologie dieses Aufsatzes spricht Bände; sie spiegelt genau das Wesen des Strafvollzuges im Hitlerreich wieder, begründet durchaus im Sinne nationalsozialistischer Gedankengänge die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten dieses Systems zur vollendeten Barbarei und rückt auch durch sich selbst die Verantwortlichkeiten für den Schrecken ins rechte Licht, weil ja eben Herr Struve ein besonders autoritativer, ein dem Strafvollzug des Dritten Reiches an wichtigster Stelle dienender Beamter ist. Herr Struve schreibt also:

»Auch bei der Zuchthausstrafe wird die wichtigste Rolle der Arbeit zukommen. Federreißen oder Tütenkleben sind hier allerdings ungeeignet. Es müssen vielmehr hohe Anforderungen an die Körperkräfte der Gefangenen gestellt werden, daß die Arbeit von ihnen als Unbehagen empfunden wird. Man braucht dabei weder auf die frühere Tätigkeit noch auf die künftige Beschäftigung der Betroffenen Rücksicht zu nehmen. Die Arbeit kann auch vom Gefangenen aus betrachtet unwirtschaftlich sein, wenn sie nur dazu beiträgt, dem Staat die Kosten zu mindern. Der Gedanke, Tretmühlen wieder neu einzuführen, liegt mir fern. (Wirklich? Hand aufs Herz, Herr Struve! D. R.) Es gibt auch sonst genügend schwere Arbeit, die gewöhnlich durch Maschinen geleistet wird, aber auch im Zuchthaus von Gefangenen verrichtet werden kann. So soll statt Verwendung eines Motorpfluges das Ackerland mit dem Spaten umgegraben werden. Die Handsäge soll an die Stelle der Kreissäge treten. Solche Beispiele ließen sich mehren. Später, wenn ein Teil der Strafe verbüßt ist, kommt die Urbarmachung von Oedländen in Frage.«

Kein Wort darüber, daß der Strafgefangene, der vielleicht gerade schuldig geworden ist, weil er zu einer richtigen, zweckausgerichteten Arbeit nie angehalten wurde, durch die Arbeit in der Anstalt nach Möglichkeit erzogen und also wirklich innerlich gebessert werden soll! Herr Struve will es umgekehrt so, daß der Gefangene eine förmliche Wut auf seine »Arbeit« bekommen soll; er soll eben büßen, nicht etwa sich bessern und selbst erziehen. Herr Struve verkörpert die Rache und nicht die Läuterung. Und weil er das ausschließlich verkörpern will, ist so etwas wie eine Tretmühle eigentlich eine Idealerfindung, an die er unwillkürlich bei der näheren Ausmalung seines Rache- und Bußsystems erinnert wird. Wenn er sie wirklich nicht wieder einführen will — bedacht, ob es nicht doch ginge und nur wegen des allzu schlechten Eindruckes nach außen vorläufig zurückzustellen sei, hat er es sicher! Das verrät allzu deutlich der Stil der Darstellung selbst.

Überhaupt — die Vorbilder des mittelalterlichen oder doch vormärzlichen Strafvollzuges haben es für diesen distinguiertesten aller Hitler-Büttel an sich. Hatte nicht Preußen noch bis etwa zum Jahre 1850 seinen »Willkomm« und »Abschied« in den

Strafanstalten als Regel — dergestalt, daß nach der Einlieferung und vor der Entlassung erst einmal der Sträfling über den Prügelbock geschmalt wurde und seine wohlgezählten Vierundzwanzig empfing. Gaudium für bessere Damen aus der Bekanntschaft des Herrn Direktors, die zum Spektakulum jedesmal eingeladen wurden?! Ja, das waren noch Zeiten für einen Struve! Also schreibt der von heute:

»Beginn und Ende der Strafe sind nach dem Vorbild des »Willkomm« und »Abschied« merklich herauszuheben. Das erste Zwölftel und der letzte Monat der Strafe sollen deshalb in Zellenhaft ohne Arbeit und Bücher auf hartem Lager verbracht werden, damit der Rechtsbrecher am Anfang und am Ende die nötige innere Sammlung gewinnt (!) Vergünstigungen im Stufensystem sind nicht zu gewähren.«

Die ganze innere Berechtigung des modernen Strafvollzuges, wenn man eben den Rechtsbrecher nicht nur bestrafen, sondern vor allem bessern will, beruht gerade in der erzieherischen Wirkung dieses »Stufensystems«, das heute in jedem zivilisierten Staat im Strafvollzug angewandt wird und in der vorhitlerischen deutschen Gefängnisverwaltung mit bestem Erfolg auf breiter Grundlage gepflegt wurde; selbst die anfänglichen konservativen Gegner dieses Systems hatten es übereinstimmend als nicht mehr zu entbehren anerkannt. Es bedingte vor allem, daß der Sträfling, der am Ende sich seine Vergünstigungen verdient hatte, mit einer gewissen Versöhnung mit der Welt, die ihn so hart angepackt hatte, wieder in diese hinausgelassen wurde. Herr Struve beschwert das keinen Augenblick. Mag der Kerl haß erfüllt wie noch nie die Anstalt verlassen und wieder rauben und töten! Dann haben wir ja immer noch das Handbeil... Gewiß eine Logik, nur fragt sich, was die Menschheit dann eigentlich seit der Beseitigung des »gespickten Hasen« oder der »Wippe« gelernt hätte? Die Hitlererei ist ein einziger Atavismus und das Zuchthaus, wie es der »Führer« haben will, ist vielleicht dafür der monumentale Beweis. Und so darf denn der Oberstrafanstaltsdirektor Struve in diesem Sinne zum Schlußakkord kommen: wie er sich denn nun das Moralische, das in jeder Gefangenenverwahrung doch schließlich das Entscheidende, so oder so, bleiben muß, vorstellt. Das tut er so:

»Der Haarschnitt sei kurz und die Kleidung auffällig. Die Anrede sei Du und statt des Namens die Zahl. Dem Zuchthäuser soll damit zum Ausdruck gebracht werden, daß er außerhalb der Volksgemeinschaft steht und an ihrer Lebensfreude keinen Anteil hat. Selbstverständlich (?) sind Mißhandlungen und Beleidigungen den Beamten strengstens untersagt. Aber der entehrende Charakter der Zuchthausstrafe nimmt dem Gefangenen das Recht, Beschwerde zu führen, wenn an seiner

Arbeitsleistung oder Führung auch einmal mit derben Worten wahrheitsgemäß Kritik geübt wird. Auch erscheint es als hinreichend, wenn der Beschwerdeweg für ihn bereits bei der Provinzialverwaltung endet... Damit der Gefangene nicht vergißt, daß er gesündigt hat, sollte ihm je nach seiner Einstellung alle ein bis zwei Jahre am Tage der Tat oder der Hauptverhandlung das Urteil mit seinen Gründen vorgelesen und dann ernste Worte der Ermahnung gerichtet werden. Wenn er dann zu seiner Tat steht — ob er sie immer noch beschönigt oder leugnet oder aber Reue empfindet und Besserung verspricht — es sollte jedesmal in einem ausführlichen Aktenvermerk festgehalten werden.«

Der bürokratische Zwang zur Heuchelei macht dieses System des Hitlerbagnos allerdings vollends komplett. Man bedenke aber: nicht nur Raub und Totschlag, Notzucht oder Brandstiftung wird (wie früher) im Dritten Reich mit Zuchthaus geahndet: Einen großen Teil der Zuchthaussträflinge, vielleicht sogar in mancher Anstalt den größten, machen die politischen Gegner Hitlers und seines Systems aus — ehrenwerte Männer und Frauen die Hitlers Kreaturenjustiz um der Sicherheit des »totalen Staates« willen hinter den Steinmauern begraben hat!!! Auch für sie gilt das Zuchthaus des Herrn Struve, jenes hitlerdeutsche Idealzuchthaus, das, wie er zum Schluß schreibt, »dem Rechtsempfinden des deutschen Volkes entspricht! Und diese in ihren Liberalismus verstrickte Welt will also immer noch nicht einsehen, welches Stück Kultur sie bekämpft, wenn sie sich gegen Hitler und seinen Geist verschwört —?!

F. E. Roth.

Mehr als ernst —?

Da Mussolini, anders als Hitler, bekanntlich einen Teil der heimischen künstlerischen Avantgarde vor den Wagen seiner imperialistischen Ansprüche gespannt hat, kann es sogar geschehen, daß unter dem Schutze des italienischen Diktators, Marinetti, der Futurist, die Kunstpolitik des deutschen Diktators temperamentvoll angreift. Hitler, als er entartete Kunst anprangerte, nannte ausdrücklich neben anderen Richtungen den Futurismus. Kein Wunder, daß Marinetti aufschäumte. Die italienische Wochenschrift, die ihm in dieser Frage das Wort erteilt, »Il Merlo« schreibt dazu:

»Wir können nicht schweigen. Unsere Pflicht ist es, die geistigen Beziehungen zwischen Italien und der Welt zu klären. Schweigen würde bedeuten, daß wir eine ungerechte Verurteilung hinnehmen, deren Konsequenzen mehr als ernst sind.« Sehr tapfer. Ausgezeichnet. Zu wieviel Schlechtigkeiten aber, Morden, gewissenlos angezettelten Kriegen, verschleudertem Volksgut, vertaner Volksgesundheit, haben Blätter vom Schlage »Il Merlo« geschwiegen!

Es ist daher auch nichts törichter, als Ausdrücke, wie »positive« und »negative«, rechte Pfefferkuchenausdrücke, wie schon Gottfried Keller gesagt hat, im Sinne eines moralisch-ästhetischen Wertmaßstabes zu gebrauchen, da ja das satirische Spiegelbild seines imaginären Bewußtseins zufolge nur negativ sein kann. Positiv allerdings ist das Gelächter, wobei nur bedacht werden muß, daß mit so erschütterten Leuten, wie die Satiriker es sind, nicht immer gut Pfefferkuchen gegessen werden kann.

Gleichgeschaltete drucken diese Strecken der kritikarischen Betrachtungen nach, und Oberzensor Göbbels wird sich wieder einmal seufzend gestehen, daß man eigentlich die Sprache verbieten müßte, wenn man keine Spiegelbilder mit »schleifer Fratze« will.

Swing

Der Swing ist eine neue Art von Tanzmusik, erfunden in einer neurassthenischen Welt. Die DAF-Zeitung »Der Arbeitsmann« tobt gegen die Schallplattenfabrikanten, die das »neue Gift« seit einem Jahre auf Deutschland los lassen:

»Da gibt es einen Swing-Stil, die große Swing-Gemeinde, Klassiker des Swing, Pioniere des Swing, Bahnbrecher des Swing und Genies des Swing. Da preist man einen als den »Liszt der Swing-Musik«, andere als deren Mozart oder Beethoven. Swing-Lieder, Swing-Komponisten, Swing-Phänomene, Swing-Orchester, Swing-Trompeter, Swing-Pianisten, Swing-Rhythmus, Swing-Repertoire.«

Mag sich das im Ausland austoben, wir schließen die Grenzen:

»Wogegen wir uns wenden, das ist der Export dieser Veitstanzkultur nach Deutschland, denn sie hat weder mit Musik

noch mit Kunst etwas zu tun, auch paßt sie ganz und gar nicht zu unserem Wesen. Wir Deutschen haben keine Mozarts oder Liszt der Swing-Musik hervorgebracht, und wir werden auch nie welche haben, denn wir sind nun einmal der Ansicht, daß die Kunst eines Mozart, Liszt oder eines Beethoven sich zum Swing-Veitstanz verhält wie die Kultur zur Zivilisation, die Kunst zum Kitsch und das Volkslied zum Schlager.«

Nicht so laut, nicht so stürmisch! Auch der Jazz wurde verboten — und jetzt gibts einen »deutschen Jazz«. Der andere wird lediglich in deutschen Lasterfilmen, deren Handlung natürlich im Ausland spielt, serviert. Eines Tages kann es den neudeutschen Swing geben, während der echte Swing in Bavaria-Ufa-Filme verbannt wird, in Filme, deren lasterhafter Schauplatz in Südamerika liegt. Deutsche Zeitungen werden, wie jüngst die DAZ für einen neuen Lasterfilm, mit schwüliger Feder lockende Reklame schreiben, weil sonst der Volksgenosse in amerikanische Swingfilme rennt. »Hart wie Stahl sind unsere Reihen«, klingt aus dem braunen Liederbuch, aber stahlhart sein heißt noch lange nicht, von Zement sein.

Die Theologie der DAZ

Die DAZ erhielt in ihrem gleichgeschalteten Mecker-Briefkasten, wo jetzt das Gegenteil von Gemecker, schon nicht mehr im Superlativ, sondern im Byzantiv erfolgt, folgende hoffnungsvolle Talentprobe eines Pfarrers Kuck (so heißt er) aus Samswegen, Bezirk Magdeburg. Darin bringt der würdige Amtsbruder tatsächlich das Kunststück fertig, nicht nur das olle indisch-ariache Nir-

wana mit dem Berliner Betrieb gleichzuschalten, sondern er entdeckt auch so nebenbei, daß der olle Jude Paulus (und nicht etwa erst Popper-Lynkeus) der wahre Erfinder des Arbeitsdienstes ist. Hören wir ihn selbst:

»... Vgl. Epheser 4, Vers 11—13: »Er hat etliche... (Amtswalter?)... gesetzt... zu Hirten und Lehrern (Schulungsleitern!), daß die Heiligen zugerichtet werden (Dachau —?) zum Werke des Dienstes... bis daß wir alle hinankommen zu einerlei Glauben (Kerl?) und Erkenntnis des Sohnes Gottes und ein vollkommener Mann werden...«

Kuck mal an, auch Paulus war schon bei Göbbels im Seminar; oder umgekehrt?

Vorher heißt es: »Unter den vier indischen Zielsetzungen sind die erste und die beiden letzten auch die unsern: Erkenntnis, Freude und Freiheit des Geistes. Ihre Verwirklichung durch »Dienst, Disziplin und Opfern« (Gänsefüßchen im Original) ist ja geradezu der Weg unserer neuen staatspolitischen Erziehung.«

Deutsch übersetzt: Erkenntnis ist, wenn man angefüllt wird; Freude ist, wenn man wenigstens das Maul halten darf und nicht abteilig lügen muß; Freiheit des Geistes aber ist das Opfer des Intellekts. Etwas Wahres ist ja allerdings an der Gleichhaltung von Buddha und Hitler; wer täglich mit solcher geistigen Kost geliebt wird, muß er nicht langsam Sehnsucht nach Nirwana kriegen, das heißt nach »nicht Widerstreben dem Uebel«? Wenn aber der würdige Amtsbruder dann weiter meint: »Immer handelt es sich

um die Enthüllung des vollkommenen Menschen...«, so verliert man selbst eine buddhistische Geduld und antwortet mit Grillparzer:

»Willst Du Dich öffentlich entkleiden, Wie Phrynes Beispiel weist, So prüfe zuvor Dich bescheiden, Ob Du schön genug auch seist.«

Der unpolitische Brief

Ein deutsches Mädchen, das voriges Jahr zur Landhilfe vermittelt worden ist, schickte kürzlich an seine Mutter folgenden Brief:

Liebe Mutter!
K. d. F.
B. d. M.
W. H. W.
N. S. V.
D. A. F.

Mit diesen wortlosen, nur aus Buchstaben zusammengesetzten Brief konnte die Mutter beim besten Willen nichts anfangen. Die Aufzählung einiger nationalsozialistischer Organisationen sagten ihr gar nichts. Sie sandte darum den Brief an die Tochter mit der Bitte zurück, doch mitzuteilen, was eigentlich mit dem Briefe gesagt werden soll. Wie erstaunte aber die Mutter, als ihr Töchterlein schrieb, daß der Brief wie folgt zu verstehen sei:

Liebe Mutter!
Kannst dich freuen,
Bin deutsche Mutter,
Weiß Himmel woher,
Noch suche Vater.
Deine arme Frieda.

Verbrauchslenkung im Dritten Reich

Was ißt der deutsche Arbeiter?

Soweit es sich um die Lohnentwicklung handelt, dürfte der Führer auf dem diesjährigen Parteitag mit seiner Jahresbilanz zufrieden sein. Ganz im Sinne des Vierjahresplanes sind Zeit- und Stücklöhne gesenkt, die Arbeitszeit verlängert worden. Aber die Zeiten, da die Arbeiter »den Weg der Lohnrevolte« beschränkt haben, ist wie die Arbeitsfront in ihrer Korrespondenz vom 26. August versichert, endgültig vorbei:

»Nach heutiger Auffassung erschöpft sich Sozialpolitik nicht mehr in materieller Einkommenserhöhung. So hat sich auch heute unter den gegebenen Verhältnissen weniger das Einkommen, als das Auskommen des Arbeiters gebessert.«

Dann wird aufgezählt, was die Nazis alles zur »sozialistischen Gestaltung des Lebensraumes« geleistet haben. Das »Auskommen des Arbeiters« ist besser geworden durch »Schönheit der Arbeit, Überprüfung des Gesundheitszustandes, Sport- und Körperpflege, Kraft durch Freude usw.

»Auf diese Weise wird der Lebensstandard der Arbeiterschaft gehoben und die Kultursparten niedergelegt, die Besitzmonopole und Klassendünkel gezogen haben.«

Während so die Deutsche Arbeits-Korrespondenz versichert, daß bei sinkenden Reallohn durch Verschönerung des Arbeitsraumes auch der Lebensraum des Arbeiters ausgebaut werden soll, ohne den Unternehmerprofit zu schmälern, ergänzt das »Arbeiterturn« vom 1. September mit einer Reichspeisekarte hochwertiger Nahrungsmitteln das Programm.

Es sei »erstaunlich«, meint der Autor eines Aufsatzes »Was ißt der deutsche Arbeiter«, welche Unterschiede Nord und Süd in der Volksernährung aufzuweisen haben. »Ob nun die Pommern Fisch essen, die Württemberger Spätzle oder ob die Westfalen ihren guten Speck bevorzugen«, in all den Nahrungsmitteln ist, wie das »Arbeiterturn« erklärt, das nötige Eiweiß enthalten.

Die Untersuchung kommt bei den befragten vierköpfigen Familien zur gleichen Schlußrechnung, zu einem Gesamteiweißverbrauch von 220 Gramm und Wärmeeinheiten von 9000 Kalorien.

»Die Werte entsprechen dem von der Ernährungswissenschaft festgestellten Nährwertbedarf.«

In allen Haushaltungen wurden jährlich 1900 kg Nahrungsmittel verzehrt. Das »Arbeiterturn« amüsiert sich dann drei Spalten lang über die Verschiedenartigkeit des Speisezettels in den Gauen des Dritten Reiches, Fleisch wird überall gern, in Bayern am meisten, in Sachsen am wenigsten gegessen. Während die Norddeutschen kaltes Abendbrot bevorzugen, muß der Bayer auch abends Warmes, am liebsten »Geselchtes« haben. Nicht ohne Erstaunen liest man weiter, daß die sächsische Arbeiterfamilie jährlich 32 kg, die Berliner 31 kg Butter verkonsumiert. In der Nordmark wird von gewaltigem Margarineverbrauch berichtet. Während der Verfasser immer wieder über die Verschiedenartigkeit des Speisezettels »staunt«, dürften die Arbeiterleser über die Quantitäten »staunen«, die sie von all den hochwertigen Nahrungsmitteln in den einzelnen Gauen des Dritten Reiches angeblich jährlich verzehren.

Die ganze Untersuchung des »Arbeiterturn« ist dem Wochenbericht des »Instituts für Konjunkturforschung« (10. Jahrgang Nr. 29) entnommen. Das Institut wollte einmal »von ganz neuen Gesichtspunkten ausgehen« und »erstmalig Einblick in die Verschiedenartigkeit der Ernährungsweise in den einzelnen Landschaften geben.« Dabei hat sich Herr Wagemann »noch auf frühere Erhebungen gestützt«.

Die »interessanten statistischen Feststellungen« geben also keineswegs ein Bild:

»Was ißt der deutsche Arbeiter?«, sondern diese Erhebungen sind aus der verfluchten »Systemzeit« abgeschrieben. Die Ueberschrift müßte in Wahrheit lauten:

»Was hat der deutsche Arbeiter gegessen, bevor die Nazis regierten.«

Inzwischen hat das Volk seinem »Führer« vier Jahre Zeit gegeben, um ohne Unterschied der Landschaft Fleisch, Fett und andere Wärme spendende Nahrungsmittel vom Tisch des Arbeiters abzuräumen. Der Speisezettel ist im September 1937 keineswegs mehr so reichhaltig, wie es das »Arbeiterturn« darstellen möchte.

Das Organ der Arbeitsfront hätte auch nicht nötig gehabt, auf die Statistik einer Zeit zurück zu greifen, die weit hinter dem nationalsozialistischen Deutschland gelegen ist. Es liegt eine neueste Erhebung des

Deutschen Frauenwerks über 140 Haushaltungen aus allen Landschaften vor. Diese Familien, die ein halbes Jahr Haushaltsbücher führten, verfügten über ein monatliches Einkommen von 150 RM (also noch keineswegs die Ärmsten). Es waren Familien mit 4 Kindern berücksichtigt.

Wie die Verbrauchslenkung nach dieser neuen Umfrage aussieht, berichtet das »Berliner Tageblatt«, das schreibt:

»Es ergab, daß 50 bis 70 Prozent des Einkommens für die Ernährung aufgewendet werden. Jede besondere Ausgabe wie Reparaturen, Anschaffungen usw. kann nur mit einem Verzicht auf lebenswichtige Nahrungsmittel bezahlt werden.«

Aber die Nazis sind um eine Ausrede nicht verlegen. Es liegt wieder an der Verschiedenartigkeit der Landsmannschaften, wenn Hamburg schlechter abgeschnitten hat, als Baden. Die Hamburger Hausfrau habe durch den Einkauf teurer Nahrungsmittel täglich pro Familienmitglied 45 Pfennig ausgegeben und nur 37 Kalorien erhalten, die badische Frau, die mehr Haferflocken und Nudeln einzukaufen wußte, soll täglich pro Person nur 33 Pfennige ausgegeben haben und sie hat dafür 54 Kalorien erstanden. Die Kalorienrechnung, die nur allzu sehr an die Not der Kriegsernährung erinnert, nützt nur verflucht wenig, wenn wichtige Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen kaum noch angeboten werden, wie es zur Zeit bei Fleischwaren der Fall ist.

Die organisierte Verbrauchslenkung kann weder Mangel an Nahrungsmitteln und Verbrauchsgütern, noch den Mangel an Massenkaukraft ausgleichen. Die soeben bekannt gewordenen Ergebnisse des deutschen Einzelhandels für das Jahr 1936 dürften wesentlich aufschlußreicher sein, als die Ratschläge, die von den Nazis an die deutschen Hausfrauen erteilt werden.

Ein Vergleich mit der letzten Konjunkturperiode ergibt:

	1929	1936
Reichsmark in Milliarden		
Volkseinkommen	75,9	62
Arbeitseinkommen	43	35
Umsatz im Einzelhandel	36,6	27,8

Selbst im Jahr 1933 dem Tiefstand der Krise betrug bei einem Volkseinkommen von nur 46,5 Milliarden, das Arbeitseinkommen 26, der Einzelhandelsumsatz 21,8 Milliarden RM. Die Scheinkonjunktur, wie sie durch den Rüstungsbetrieb erzeugt worden ist, bleibt demnach noch erheblich hinter 1929 zurück. Vor allem wird durch die Umsatzziffern des Einzelhandels die Verminderung der Konsumkraft des Volkes bestätigt.

Wenn ferner die Nazi-Steuerstatistik für 1934 feststellt, daß mehr als ein Drittel aller Einzelhändler das steuerfreie Einkommen nicht überschritten haben, so zeigt sich, wie stark die Kleinkaufleute von der schlechten wirtschaftlichen Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger betroffen worden sind.

Die Einzelhändler müssen eben erkennen, daß es auch für sie nicht mehr so sehr aufs Einkommen, wie aufs Auskommen ankommt, »und zwar in erster Linie durch den organisierten Verbrauch, der dem Arbeiter Kulturgüter und Lebensgegenstände aufschließt, die ehemals selbst der vollen Lohnhöhe unerreichbar waren.«

Je weniger Kaufkraft in der »marxistischen« Lohnhöhe verbleibt, um so weniger braucht sich der Arbeiter im Dritten Reich selbst um die Lebensgestaltung zu kümmern. Die Sorge um den Verbrauch wird dem Einzelnen abgenommen.

»Die Deutsche Arbeitsfront will überall das Dasein freudvoller, inhaltsreicher und lebenswerter gestalten.«

Für das Einkommen der deutschen Arbeiter sorgt das Lohndiktat des Unternehmers, für das Auskommen die Arbeitsfront — die Arbeiter können sehen, wie sie durchkommen.

Aus großer Zeit

Führerschein — nur noch für »politisch Einwandfreie«. Wo immer im öffentlichen Leben des Dritten Reiches sich noch ein kleiner kümmerlicher Rest gesunder Vernunft und zivilisierten Rechtsdenkens bemerkbar macht — da sind flugs die braunen »Erneuerer« zur Stelle, um das Ueberbleibsel auszutüpfen und dem Totalitätsanspruch der Barbarei und des Wahnsinns Gentile zu schaffen. Bisher war es z. B. in Deutschland immer noch üblich, einen Autoführerschein jedem auszustellen, der nachweisen konnte, daß er tatsächlich in jeder Hinsicht fähig sei, ein Auto zu lenken. Damit ist es nun vorbei. Das Preussische Obergericht hat eine Entscheidung gefällt, wonach solchen Personen, die sich einmal »staatsfeindlicher« Handlungen oder Äußerungen schuldig gemacht haben, kein Führerschein mehr ausgestellt werden soll.

»Künftig sollen bei Erteilung der Fahrerlaubnis nicht mehr einzig verkehrstechnische, sondern vorwiegend auch politische Gesichtspunkte entscheidend sein. Durch diese vorbeugende Maßnahme soll der politische Mißbrauch des Führerscheins verhindert werden.«

Kurzum: wer im Verdacht steht, nicht die vorgeschriebene Portion braunen Mythos reibungslos verdaut zu haben, der darf nicht mehr chauffieren. Und wenn er etwa Berufskraftfahrer ist, so kann er sein Gewerbe an den Nagel hängen und sich zum Landdienst melden. Die Straße frei den braunen Limousinen!...

Was ist niederdeutsche Haltung? Ja was ist das eigentlich? Früher mal schienen Ernst Barlachs aus echt niederdeutscher Grubelei geborene Bildwerke und Dramen Antwort auf diese Frage zu geben. Das war einmal. Jetzt ist Barlach »entartet« und das »Niederdeutsche« hat der völkisch arteigene Blubodichter Albert Mähl für sich gepachtet. Wenn man wissen will, was »niederdeutsch« ist, wende man sich vertrauensvoll an ihn. Die Auskunft, die man empfängt, sieht — bitte nicht zu erschrecken! — so aus:

»Niederdeutsche Haltung ist nicht betont verbindlich, wie die Sprache nicht. Sie begreift aber unbeton das ganze Herz, wo es sich zeigt. Das Blut kriecht, wo es nicht gehen kann. Die Volksgemeinschaft gleicht einem See, in dessen Tiefen die Fische um eine blinkende Krone spielen, während die Frösche am Ufer ihre Heiden ausrufen. Wer nicht die Erde und den Himmel sieht, sieht überhaupt nichts.«

Das also ist »niederdeutsche Haltung«. Nun wissen wir. Die kleine Kostprobe ist wortgetreu einem endlosen Blubogelall des Herrn Mähl entnommen, abgedruckt in der »Niederdeutschen Welt« 1937, Heft 6. Wir schlagen den Mann für die nächste braune Dichter-Ehrung vor. Er verdient sie.

»Weiße Juden«. Der »Völkische Beobachter« und »Das Schwarze Korps« rufen in trauriger Gemeinsamkeit zum Hakenkreuz gegen die »weißen Juden in der deutschen Wissenschaft«. Was sind das für Leute? Weiße Juden? Das sind — erklärt Hitlers Hauptorgan — Menschen, die »zwar nicht der Abstammung, wohl aber der Gesinnung nach zum Judentum gerechnet werden müssen.« Hausweise seien Exemplare dieser Gattung — nazistisch getarnt — immer noch auf deutschen Lehrstühlen zu finden, von wo sie nun endlich eiligst verjagt werden sollten...

Mit anderen Worten: wer noch nicht Jude ist, kann nunmehr jederzeit dazu ernannt werden. Wie praktisch! Die erste solche Ernennung liegt auch bereits vor. Das Opfer ist Prof. Vogt, der seinerzeit »sich nicht entblödete« in russischem Auftrag das Hirn des toten Lenin zu untersuchen. Deswegen steht er nun als erster auf der Liste der »weißen Juden«, die der »Völkische Beobachter« so nach und nach zu komplettieren gedenkt.

Die wirklichen Juden wissen wenigstens, woran sie sind. Aber die mehr oder minder demonstrativ gleichgeschalteten »arischen« Gelehrten — sie kommen nun aus dem Zittern und Beben nicht heraus. Keiner von ihnen kann ahnen, ob ihm nicht vielleicht morgen schon der ganze reinrassige Stammbaum abgesägt und die arischste seiner Großmutter glattweg konfisziert wird! Die Auf- und Abordnung der deutschen Kultur tritt somit in ein neues dramatisches Stadium ein...

Der Führer als Rechtsquelle. Dem notdürftig gewährten offiziellen Anschein nach sind die deutschen Richter immer noch ans Gesetz gebunden. In der Wirklichkeit jedoch — nun, man weiß Bescheid. Hier klafft also ein Widerspruch zwischen Rechts-Theorie und Unrechts-Praxis und es ist nur zu begrüßen, daß diese Diskrepanz nun beseitigt werden und die deutsche Justiz künftig auch auf dem Papier als das erscheinen soll, was sie seit langem

ist, nämlich als Vollzugsorgan der braunen Bonzokratie. Eine »Neugestaltung des Strafprozesses« steht bevor. Die Richtlinien dafür sind nunmehr festgelegt, und zwar in einem von der »Akademie für deutsches Recht« herausgegebenen Gewächs, das sich »Denkschrift« wohl deswegen nennt, weil die Verfasser sich geborsam alles Denken erspart haben. In diesem »Werk« steht auch der folgende Satz, der über die Stellung des Richters zum Gesetz Auskunft gibt:

»Er (der Richter) ist an das Recht gebunden, so wie es im neuen Staate in Erscheinung tritt. Das bedeutet, daß der Führerbefehl den Richter bindet.«

Das ist wenigstens ehrlich. Man sollte nun auch ganz konsequent sein und dem Richter statt des Talars eine Lakaienlivree als Dienstanzug zudiktieren. Und der Justitia — deren Standbild immer noch in manchen deutschen Gerichtsgebäuden zu sehen ist — wäre dann singemäßig an Stelle der Waage die Reitpeitsche des Julius Streicher in die Hand zu geben... K.

„Verkartete“ Ahnen „auf Anhieb“

»Die Beschaffung der Urkunden für die arische Abstammung stößt in größeren Städten sehr oft auf recht erhebliche Schwierigkeiten... Um diese... ein für allemal zu beseitigen, hat der Gesamtverband der evangelischen Kirchengemeinden in Königsberg, im Einvernehmen mit der Reichsstelle für Sippenforschung, eine einheitliche Kirchenbuchstelle geschaffen... Die Kirchenbuchstelle... arbeitet zur Zeit mit einer Belegschaft (— nicht »Gefolgschaft«?) von 35 Mann... Es handelt sich um Bücher, die bis in das Jahr 1579 zurückreichen... Die Reichsstelle... hat bereits die Bücher auf Filmstreifen aufgenommen... Durch Beseitigung des viel Zeit erfordernden Umlaufverfahrens, wird aber auch viel unnötige Leerarbeit vermieden, da das immer neue Wälzen der Bücher an jeder Gemeindestelle nun wegfällt... Der Zeitpunkt, mit dem man dann gewissermaßen die Ahnen auf Anhieb finden kann, wird Schritt für Schritt mit der Verkartung der Kirchenbücher erreicht.« (»Völkischer Beobachter«.)

Gespräch zweier seliger Geister:

Bist Du auch schon verkartet, süßen Gerippe?

Noch nicht. Aber ich erhalte beständig Anhiebe und werde gewälzt. Nämlich aus Gründen der Pietät. Zu meiner Weimarer Systemzeit gabs noch einen 180 gegen Störung der Totenruhe. Dieser liberalistische Zopf ist jetzt kassiert.

Wann wird man endlich seine Ruh haben. Nun werden wir ollen Kracher auch noch zum Dienst am Volk in den Arbeitsdienst zur Bearbeitung einrückend gemacht.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphic«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Fra. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Fra. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fra. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Fra. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.394. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.